

# Freisinn FDP


Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51  
FDP im Internet: www:http://www.fdp.ch E-Mail: gs@fdp-prd.ch  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

## AHV Bereits rote Zahlen

# Gesicherte Finanzierung?

**1994 erregte ein offener Brief von Bundesrätin Dreifuss Aufmerksamkeit. In besänftigenden Worten sprach die Innenministerin von einer finanziell gesicherten AHV. Die damaligen Warner auf bürgerlicher Seite behielten recht, die AHV ist bereits 1996 in die roten Zahlen geraten.**

**GUIDO SCHOMMER,  
PRESSECHIEF  
FDP SCHWEIZ**

 Wir erinnern uns: Am 10. Mai 1994 veröffentlichte die EDI-Vorsteherin Ruth Dreifuss einen «Offenen Brief an alle Frauen und Männer, die besorgt sind um die Zukunft der AHV und die Kosten der 10. AHV-Revision». Darin schrieb sie wörtlich: «Und ich möchte Sie gleich beruhigen: Unsere AHV steht auf einem soliden Fundament. Die Renten werden regelmässig der Teuerung und der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst werden; ihre Finanzierung ist gesichert.» Und: «Die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 64 Jahre drängt sich nicht auf, denn sie bewirkt, dass die Mehrkosten der 10. AHV-Revi-

sion ausschliesslich den Frauen aufgebürdet werden.» Und noch weiter: «Bis ins Jahr 2000 werden die Einnahmen die Ausgaben der AHV übersteigen und der AHV-Fonds damit weiter geäuftet...»

### Wider besseres Wissen

Die realen Zahlen sprechen eine andere Sprache, die Beruhigungsspiel war fehl am Platz: Die AHV ist in die roten Zahlen gerutscht, und dies bereits 1996. Hinzu kommt die Invalidenversicherung (IV), die zu über 1,5 Milliarden Franken verschuldet ist. Schon wird davon gesprochen, das zusätzliche Mehrwertsteuerprozent zur Finanzierung der Lücke zu beanspruchen. Auf Grund der demographischen Daten war diese Entwicklung schon 1994 absehbar. Wider besseres Wissen hat die Bundesrätin mit falschen Zahlen operiert, um den – misslungenen – Versuch zu unternehmen, die Erhöhung des AHV-Rentenalters der Frauen auf 64 Jahre zu verhindern.

### Warner behielten recht

Die FDP hat schon damals den Warnfinger erhoben und sich für die Sicherung statt die Plünderung des Sozialstaates eingesetzt. Die sogenannten «Panikma-

cher» (so wurden die Warner wenig schmeichelhaft bezeichnet) von damals behielten recht. Einmal mehr zeigt sich, dass die Forderung nach einem Ausbau des Sozialstaates nicht von sozialpolitischer Kompetenz zeugt und realitätsfremd ist. Nur schon der Erhalt des gegenwärtigen Niveaus ist schwierig zu bewerkstelligen! Wenn der Staat überfordert wird, ist er kein sozialer Staat mehr. Notfallmässige Sparübungen, wie sie durchgeführt werden müssten, treffen die Falschen.

### Einnahmenseitige Vorschläge untauglich

Eine Erhöhung der Einnahmen der Sozialwerke über neue Lohnprozente würde die Arbeit verteuern und die im internationalen Vergleich hohen Arbeitskosten noch stärker heraufsetzen, was wiederum zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins nahe oder auch nicht so nahe Ausland führt. Eine Verschiebung der Kosten für die heutige Altersvorsorge auf die nächste Generation ist alles andere als sozial und gefährdet die Erhaltung des Generationenvertrags.

Der «offene Brief» von Bundesrätin Dreifuss wäre 1994 wohl besser ungeöffnet in den Papierkorb gewandert.

## FDP SCHWEIZ

### Inhalt

- **KMU-Offensive der FDP: Die Resultate und Forderungen von Parteipräsident Franz Steinegger vorgestellt ab Seite 5**
- **Ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz am 18./19. April 1997 in Locarno: Programm und Anmeldetalon auf Seite 8**
- **Eine Einschätzung der Parteien aus Sicht der Verbände finden Sie ab Seite 10**
- **Sommeruniversität der FDP/Jungfreisinnigen auf Seite 14**



In Locarno findet die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz statt. (Photo key)

## Auf nach Locarno!

Am 18./19. April 1997 treffen wir Schweizer Freisinnigen uns zur ordentlichen Delegiertenversammlung in Locarno am Lago Maggiore. Inhaltlich werden wir uns mit der Bildungspolitik – unter dem Slogan «FDP-Bildungspolitik: Schwungrad für den Aufschwung» – sowie mit den zwei Volksinitiativen «EU-Beitritts-Verhandlungen vors Volk»

und «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» beschäftigen. Daneben wird aber auch der «esprit radical», der Gemeinschaftsinn der Freisinnigen, bestimmt nicht zu kurz kommen. Freuen Sie sich auf zwei Tage im Tessin.

**Programm und Anmeldetalon finden Sie auf Seite 8 im «Freisinn».**

HERREN DR.  
FRANZ GEORG MAIER  
DIR., SCHM., LANDESBIBL.  
HALLMAYLSTRASSE 15  
3003 BERN  
230  
00-62800001

SCHWEIZ  Stiftung für Solidarität

# Mühe mit dem Sonderfall

**Die Erlebnisse in den dreissiger Jahren und im Zweiten Weltkrieg sowie der Schulunterricht prägten auch in mir die Überzeugung: Die Schweiz ist ein Sonderfall!**

ALT-NATIONALRAT  
FELIX AUER,  
BOTTMINGEN (BL)



Nur wir? Nicht erst die Ohrfeigen, die «Kulturschaffende» und andere gescheite Leute in neuester Zeit der Aktivdienstgeneration glauben verabreichen zu müssen, haben in mir Zweifel erweckt. Diese traten schon zuvor auf, vor allem bei Besuchen in anderen Ländern, insbesondere bei solchen in offizieller Mission als Parlamentarier. Denn offen gestanden: Kaum ein ausländischer Gesprächspartner versuchte nicht, uns zu erklären, sein Land sei ein ausgesprochener Sonderfall.

## Erfahrungen im Ausland

Das erste Mal war es anlässlich von Ferien auf Malta. Der damalige Staatspräsident Dom Mintoff hatte erfahren, dass ein helvetischer Parlamentarier auf seiner Insel weile. Und da sein Land nicht allzu häufig von wirklich Prominenten besucht wurde, lud er mich in seine Residenz in Valletta ein. Der charmante und lebhaftige Mann schilderte die wirtschaftlichen und die damaligen politischen Nöte mit der einstigen Kolonialmacht Grossbritannien. Und auch was die viertausendjährige Geschichte angehe, sei Malta ein Sonderfall: Phönizier, Römer, Wandalen, Ostgoten, Byzantiner, Araber, Aragonier hätten hier gehaust und ge-

herrscht, lange Zeit sei man im Besitz des Malteserordens gewesen und schliesslich in jenem der bösen englischen Kolonisten.

## Im Herzen Europas?

Alleweil dachte ich, die Schweiz sei zwar gewiss nicht der Nabel der Welt, auch nicht jener Europas, aber doch in dessen Herzen liegend. Doch dasselbe – noch vor der Wende von 1989 – sagte man mir in Wien von Österreich, in Budapest von Ungarn und in Prag von der Tschechoslowakei. Und in all diesen Hauptstädten versicherten die Kollegen, ihr Land sei die «Brücke zum Osten» und auch sonst ein Sonderfall, alleweil noch geprägt durch die KK-Monarchie, nunmehr aber in besonderer Weise der schmerzlichen Ost-West-Aufteilung der Welt ausgesetzt.

Mit schwedischen Parlamentariern kam natürlich das Gespräch auch auf den Zweiten Weltkrieg. Man sei eingeklemmt gewesen zwischen dem besetzten Norwegen und dem bedrohten Finnland, auch der Eingang zur Ostsee sei von den Deutschen beherrscht worden. Aus naheliegenden Gründen habe man in erster Linie nur mit Deutschland Handel treiben können, das vor allem schwedischen Stahl und die berühmten Kugellager zu schätzen wusste. Die Neutralität sei hochgehalten worden, man habe aber – als Sonderfall in jener Lage unvermeidlich – den Transport von Wehr-

machtstruppen von Norwegen durch ihr Land nach Deutschland nolens volens zulassen müssen.

In Helsinki durfte man ja nicht das Wort «Finnlandisierung» sagen. Das Land, eine Demokratie und westlich denkend, war zum einen auf den Handel mit der Sowjetunion angewiesen und fürchtete zum anderen, aus bitterer Erfahrung gewitzigt, den mächtigen Nachbarn. Ein heikler Balanceakt und ohne Zweifel ein Sonderfall.

Und Jugoslawien? Ein Sonderfall par excellence: ein nach dem Ersten Weltkrieg geschaffener künstlicher Vielvölkerstaat, der die Balkankriege von 1912/13 zwar noch nicht ganz verdaut habe, aber nun – es war in den siebziger Jahren – dank Marschall Tito und der weisen KP zusammenhalte. Die «Selbstverwaltung» führe zu wirtschaftlichem Wohlstand, und mit ihr sei man auch im sozialistischen Lager ein Sonderfall.

## 600 verschiedene Käsesorten

In Paris erläuterten uns französische Mitglieder des Europarates die innenpolitischen Probleme der Grande Nation. Charles de Gaulle habe es auf den Punkt gebracht, wenn er sagte, ein Land mit 600 verschiedenen Käsesorten sei schwierig zu regieren. Auch von der glorreichen Geschichte her sei Frankreich eben ein Sonderfall.

Wir Schweizer konnten da nicht gut zurückhalten. Auch unser Land sei ein Sonderfall: ein Viertel des Bodens unproduktiv, keine eigenen Rohstoffe, auch abhängig vom Energieimport, kein Anschluss ans Meer, in

der wirtschaftlichen Existenz auf die Aussenwirtschaft angewiesen, im Einfluss von drei Kulturkreisen, vier Sprachen, verschiedene Konfessionen, trotz Kleinheit in 26 Einzelstaaten aufgeteilt, Soldaten mit dem Gewehr samt Munition daheim, keine staatlich verliehenen Orden, dafür Bundesräte, die im Tram zur Arbeit führen, und Exporteur von Emmentaler Käse, der im Ausland wesentlich billiger zu kaufen sei als bei uns. Und wegen des beträchtlichen Mitspracherechts des Volkes sei die Schweiz auch nicht unbedingt leicht regierbar.

## Sonderfall-Denken ist nicht Hurra-Patriotismus

Jedes Land ist offenbar ein Sonderfall. Wenn es sich nicht als solchen versteht, dann fehlt auch das Selbstverständnis als eigene Nation. Sonderfall-Denken ist nicht Hurra-Patriotismus.

Wegen solch veralteter Auffassung ist man uns nun aber in den letzten Monaten böse an den Karren gefahren: Die Schweizer Geschichte müsse «neu geschrieben» werden, zumindest «überarbeitet», sagt man uns mit erhobenem Zeigefinger. Vor allem höre man endlich auf, den hirngespinnigen Mythos «Sonderfall Schweiz» zu zelebrieren! Um nicht als reaktionärer Hinterwäldler verschrien zu werden, wagte ich das Wort kaum mehr auszusprechen.

## Doch etwas Besonderes?

Nun bin ich aber erneut verunsichert: Eine weitere Historikerkommission wird wohl in fünfzig Jahren abklären, ob wir heute mehr aus eigenem Antrieb oder

## ZUM THEMA

.....  
Kaum ein ausländischer Gesprächspartner versuchte nicht, uns zu erklären, sein Land sei ein ausgesprochener Sonderfall.

.....  
Jedes Land ist offenbar ein Sonderfall. Wenn es sich nicht als solchen versteht, dann fehlt auch das Selbstverständnis als eigene Nation.

.....  
Man nenne uns ein anderes Land, das mit gleichen oder ähnlichen Konsequenzen seine Vergangenheit zu «bewältigen» sucht – ob freiwillig oder weniger freiwillig!

mehr unter äusserem Druck einen Holocaust-Fonds aufbauen, die Errichtung einer Milliarden-Stiftung vorsehen und unsere Geschichte «überarbeiten», obwohl auch über deren Schattenseiten in den letzten Jahren schon Dutzende von Büchern erschienen sind.

Um ja nicht den Eindruck von Chauvinismus zu erwecken oder gar unsere in schwieriger Zeit begangenen und nicht zu bestreitenden Fehler mit jenen anderer Länder abgelten zu wollen: Man nenne uns ein anderes Land, das mit gleichen oder ähnlichen Konsequenzen seine Vergangenheit zu «bewältigen» sucht – ob freiwillig oder weniger freiwillig!

Und so taucht zumindest in dieser Hinsicht erneut die Frage auf: Sind wir nicht doch ein Sonderfall?

IM GESPRÄCH  Florian Schmid, Wirtschaftsstudent

# «Der Sozialstaat – grösstes Problem meiner Generation»

**WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?**

Es gibt kaum etwas Spannenderes als das Leben, darum ist es wichtig, sich zu engagieren, um möglichst viel zu erleben.

**WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?**

Auf die Globalisierung und die Einsicht, dass alle am gleichen Strick ziehen müssen, um langfristig Wohlstand für alle zu erarbeiten.

**WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?**

Die Ökologie und die globale Massenarbeitslosigkeit.

**WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?**

Die wichtigste: das Rad. Es gibt keine entbehrliche Erfindung, jede trägt zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bei.

**WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?**

Die schöne Landschaft, die Berge, die Vielfalt.

**WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?**

Die Polarisierung, das Festhalten an Bestehendem, der Pessimismus, die Angstmacherei.

**WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?**



Florian Schmid: «Die Neat ist ein kostspieliger Sachzwang.»

Die Zeit der Nationalstaaten ist vorbei, nur ein geeintes Europa ist in der Lage, die kommenden Probleme zu lösen. Ich glaube an die USE (United States of Europe).

**«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?**

Natürlich, denn es ist viel angenehmer, das Bestehende zu verteidigen, als etwas Neues durchzuziehen.

**GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?**

An Fürst Hans Adam II., den Monarchen im Fürstentum Liechtenstein.

**WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?**

Durch Geradlinigkeit, Offenheit, Vertretung der Sache vor Vertretung eigener Interessen.

**WARUM SIND SIE BEI DER FDP?**

Sie ist die einzige liberale Partei.

**WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?**

Die Stärke ist zugleich auch die Schwäche; das breite Spektrum an Meinungen ist eine Stärke, was gleichzeitig das geschlossene Auftreten verhindert, was wiederum als Schwäche ausgelegt werden kann.

**WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?**

Schwäche: Keine Geduld. Stärke: Offenheit, Geselligkeit.

**WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?**

Um diese Frage zu beantworten, bin ich noch zu jung, ich glaube aber auf dem richtigen Weg zu sein.

**WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?**

«Die Ritter der Kokosnuss» von Monty Python's Flying Circus.

**WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?**

**STICHWORTE**

**INTERNET:** Eine riesige Chance

**SOZIALSTAAT:** Das grösste Problem für meine Generation

**NEAT:** Ein kostspieliger Sachzwang

**AGRARPOLITIK:** Äusserst reformbedürftig

**VERFASSUNGSREVISION:** Derzeit in der Schweiz kaum realisierbar

**PREISÜBERWACHER:** Eine staatliche Institution

**«ARENA»:** Unterhaltungssendung mit politischem Anstrich

Claude Nicollier aus Interesse für die Raumfahrt.

**WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?**

Eine Weltreise.

**WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?**

Ich habe noch unzählige Wünsche, die ich mir erfüllen möchte. Für das habe ich aber auch noch genügend Zeit.

**KURZBIOGRAPHIE**

**Florian Schmid**

**ZUR PERSON:** Florian Schmid, lebe bei meinen Eltern in Winkel bei Bülach.

**ALTER:** 23

**BERUFLICHE STATIONEN:** Wirtschaftsstudent im 4. Semester an der Uni Zürich und Minibar-Steward bei der Schweizerischen Speisewagen-Gesellschaft.

**POLITISCHER WERDEGANG:**

Seit 1995 Präsident Jungfreisinnige Partei Zürcher Unterland.

Seit 1996: Mitglied des Finanz- und Steuerausschusses der FDP Schweiz.

**LIEBSTE TÄTIGKEIT:** Musik hören (Heavy Metal), Wandern, Freundschaften pflegen, mit der Minibar durch Europa fahren.

# Problematik sozialdemokratischer Militärpolitik

Die vorliegende Arbeit will ein Versuch sein, die Problematik der sozialdemokratischen Militärpolitik im Verlauf der Jahrzehnte aufzuzeigen, und damit einen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der schweizerischen Sozialdemokratie leisten. Kritisch, aber wenn möglich nicht polemisch stellt der Autor in gestraffter Form die politisch-weltanschaulichen Entwicklungsphasen dar, die letztlich auch die sozialdemokratische Militärpolitik in entscheidendem Masse beeinflusst haben.

Die Militärfrage war über hundert Jahre in der schweizerischen Sozialdemokratie ein Kernproblem. Sie ist es auch heute noch. Der Leser verfolgt, nicht ohne Spannung, einen Ent-

wicklungsprozess, der in der Sozialdemokratischen Partei heftige, aber auch bemerkenswerte Auseinandersetzungen ausgelöst und die Partei mehr als einmal an den Rand der Spaltung gebracht hat.

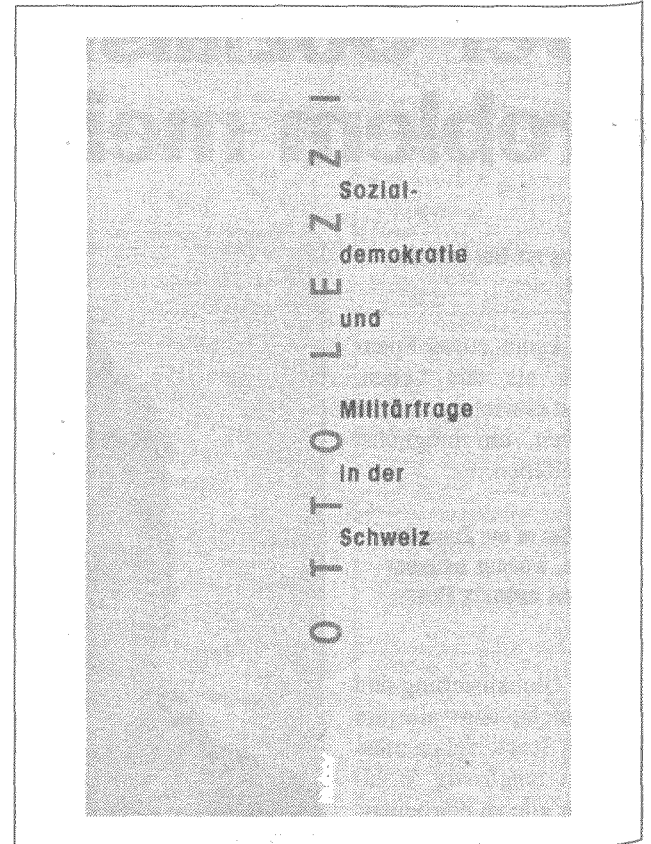
Die Haltung der schweizerischen Sozialdemokratie in der Militärfrage ist alles andere als geradlinig. Der Autor schildert anschaulich und leicht lesbar den Weg von der Bejahung bis zur Ablehnung der Landesverteidigung im Jahre 1917 und das Ringen um das Bekenntnis zur Landesverteidigung und Armee im Jahre 1935.

Die Militärfrage ist in der Sozialdemokratischen Partei nach wie vor aktuell. Starke parteiinterne Strömungen erstreben offen-

sichtlich eine Abkehr vom Bekenntnis von 1935.

Das vorliegende Buch, der Autor kann auf eine vieljährige Parteierfahrung zurückgreifen und berücksichtigt auch diese Tendenzen, lässt den politisch interessierten Leser die Bedeutung der Militärfrage in der schweizerischen Sozialdemokratie erkennen und verstehen.

Gerade im Vorfeld der Abstimmung über die Volksinitiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» ist die Haltung der SP in Fragen der Militärpolitik und der Rüstung von besonderem Interesse. Das Spannungsfeld zwischen dem gewerkschaftlichen Ziel der Arbeitsplatzhaltung und dem moralischen Anspruch der SP tritt hier deutlich zutage.



«Sozialdemokratie und Militärfrage in der Schweiz». Von Otto Lezzi. Verlag Huber, Frauenfeld 1996. 301 Seiten. ISBN 3-7193-1116-3.

## Diskussion um Reformen enttabuisieren

Der schweizerischste aller Schweizer Sonderfälle, die direkte Demokratie auf zentralstaatlicher Ebene, geriet in den letzten Jahren zuneh-

mend ins Kreuzfeuer unterschiedlicher Kritiker. Die einen stossen sich an eigenwilligen Volksentscheiden, andere sind der Ansicht,

dass die direktdemokratischen Instrumente die staatliche Handlungsfähigkeit beeinträchtigen und notwendige Anpassungen der Rahmenbedingungen über Gebühr verlangsamen. Wieder andere meinen, die Schweizer Politik sei zu sehr von Unwichtigem beherrscht, und dies könnte mit dem Gebrauch der direkten Volksrechte zusammenhängen. Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass Reformen der direkten Volksrechte im bundesrätlichen Vorschlag zur Totalrevision der Bundesverfassung eine Schlüsselrolle einnehmen. Die Grundfrage lautet: Welche Reformen sind geeignet, um die einmaligen Einrichtungen der direkten Demo-

kratie in einem dynamischen internationalen Umfeld ohne prohibitiv hohe Kosten zu erhalten?

Das Buch enthält die Referate und Diskussionsbeiträge der Tagung «Direkte Demokratie in der Schweiz», die die Herausgeber im Juli 1996 in Zug durchführten. Die Tagung brachte wichtige Exponenten der neu erwachten Debatte um die direkten Volksrechte an einen Tisch und gab Anstösse für eine vertiefte wissenschaftliche und politische Beschäftigung mit dem Thema. Das Spektrum der Beiträge ist breit angelegt, äussern sich doch nicht nur Vertreter verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen, sondern in Kurzbeiträgen auch Repräsentanten aus Wirtschaft, Medien und Politik. Hauptanliegen ist es, die

Diskussion um Reformen der direkten Demokratie weiter zu enttabuisieren. Dabei erhält insbesondere auch die bisher vernachlässigte ökonomische Perspektive ein Forum. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme über die wichtigsten Reformvorschläge, werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Beurteilung der direkten Volksrechte herausgearbeitet. Verschiedene Autoren präsentieren auch ihre eigenen Reformvorschläge, an denen die bundesrätlichen Reformideen gemessen werden können.

«Wieviele direkte Demokratie trägt die Schweiz? Kritische Beiträge zur aktuellen Reformdebatte.» Von Silvio Borner und Hans Rentsch (Hrsg.), mit Beiträgen von Heinrich Koller, Daniel Thüner, René Rhinow, Jürg M. Gabriel, Peter Moser, Gerhard Schwarz u. a. m. Verlag Rüegger, Chur, 1997. 250 Seiten, Fr. 43.90, ISBN 3-7253-0567-6.



KMU-OFFENSIVE DER FDP ◊ Die Ergebnisse

# Staatliche Vorschriften sind grösstes Problem der KMUs

**Im Rahmen der KMU-Offensive haben sich die FDP Schweiz und ihre Kantonalparteien in den letzten sechs Monaten intensiv mit der Lage der Schweizer Wirtschaft und insbesondere mit der Situation der Klein- und Mittelunternehmen (KMU) auseinandergesetzt. Zielsetzung der Offensive ist die Schaffung von nachhaltig positiven Wirkungen für den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort Schweiz.**

FDP-PARTEIPRÄSIDENT  
UND NATIONALRAT  
FRANZ STEINEGGER,  
FLÜELEN (UR)

## Faktor Zeit entscheidend

Mittels neunzehn von den FDP-Kantonalparteien durchgeführten Hearings, an denen die lokale KMU-Unternehmerschaft teilnahm, wurden klare Erkenntnisse geschaffen, welche primären Probleme die Schweizer Wirtschaft in der aktuellen Stagnationsphase hat. Die Hearings machten deutlich, dass das entscheidende Element des unternehmerischen Erfolgs im Zeitalter der Globalisierung der Faktor Zeit ist. Eine hohe unternehmerische Dynamik ist heute zwingend, um als Unternehmung am Markt bestehen zu können. Die notwendige Konstante der unternehmerischen Dynamik, das permanente Anpassen an neue Märkte durch den Staat und seine Institutionen massiv behindert. Anstatt die unternehmerische Dynamik zu fördern, treten die helvetischen Staatsorgane, allen voran die öffentliche Verwaltung, als Bremsen und Verhinderer auf.

## Standortwechsel für KMUs schwierig

Für Grossunternehmen ist es im Umfeld der Globali-

unternehmerischer Fehlentscheidungen kann die KMUs in ihrer Existenz ernsthaft gefährden.

## Chance zum Überleben bieten

Auf Grund ihrer limitierten Ressourcen sind die KMUs

müssen derart ausgestaltet sein, dass Grosskonzerne ausreichend Anreize erhalten, in der Schweiz zu bleiben, während KMUs generell die Chance zum Überleben haben sollen. Eine solchermaßen ausgestaltete Politik ist der Hauptgarant für den Wohlstandstransfer ins nächste Jahrtausend.

## Wirtschaftspolitische Vergangenheitsbewältigung notwendig

Die Hearings haben eindrücklich aufgezeigt, dass die schweizerischen Rahmenbedingungen heute nicht suboptimal, sondern stark ungenügend sind. Notwendig ist deshalb eine wirtschaftspolitische Vergangenheitsbewältigung. Die Stagnation der Schweizer Volkswirtschaft ist nicht primär konjunkturell bedingt. Wer dies behauptet, handelt nach dem Prinzip der wirtschaftspolitischen Irreführung der Öffentlichkeit. Vielmehr hat die Regulierungsdichte einen negativen Höhepunkt erreicht, der das strukturelle Defizit der Schweiz offensichtlich macht.

## Strukturelle Reformen statt wirkungsloser Investitionsbonus

Unsere Umfragen ergaben, dass der KMU-Unternehmer sich heute – im Durchschnitt – etwa einen Arbeitstag pro Woche mit administrativ-rechtlichen Vorschriften auseinandersetzen muss. Um die Schweizer Wirtschaft wieder anzukurbeln, sind somit vor allem tiefgreifende strukturelle Reformen angezeigt – und nicht ein wir-

kungsloser neuer Investitionsbonus.

## 21 Problembereiche

An den Hearings konnten 21 Problembereiche erfasst werden. Diese werden von den KMUs als Haupthindernis für die unternehmerische



FDP-Präsident Franz Steinegger: «In der Nationalliga A bleiben!» (Photo ruti)

sierung einfacher, die vom Staat aufgebauten administrativen Hindernisse und Barrieren zu umgehen. Sie wählen auf Grund ihrer grösseren Human- und Kapitalressourcen diejenigen Länder für die Unternehmenstätigkeit aus, welche über die attraktivsten Standortfaktoren verfügen. Demgegenüber ist die Verlagerung an ausländische Standorte für KMUs bedeutend risikoreicher: Ein einziger

auf Gedeih und Verderb den vom Staat festgesetzten Bedingungen ausgeliefert. Vor diesem Hintergrund kommt der Politik, insbesondere der freisinnigen Politik, eine grosse Verantwortung zu. Um die Wachstumskräfte wieder zum Leben zu erwecken, muss die freisinnige Wirtschaftspolitik eine eigentliche KMU-Politik sein, ohne die Grossen zu verbiestern. Die helvetischen Rahmenbedingungen

## ZUM THEMA

Die notwendige Konstante der unternehmerischen Dynamik, das permanente Anpassen an neue Märkte, wird in der Schweiz durch den Staat und seine Institutionen massiv behindert.

Um die Wachstumskräfte wieder zum Leben zu erwecken, muss die freisinnige Wirtschaftspolitik eine eigentliche KMU-Politik sein, ohne die Grossen zu verbiestern.

Die Regulierungsdichte hat einen negativen Höhepunkt erreicht, der das strukturelle Defizit der Schweiz offensichtlich macht.

Tätigkeit und für das unternehmerische Wachstum beurteilt. Hauptsächlich sind diese Problembereiche öffentlichrechtlich begründet und nicht im Bereich der Finanzierung angesiedelt. Mit staatlichem Risikokapital lassen sich also – wenn überhaupt – nur wenig neue Stellen schaffen. Die Rufe der

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

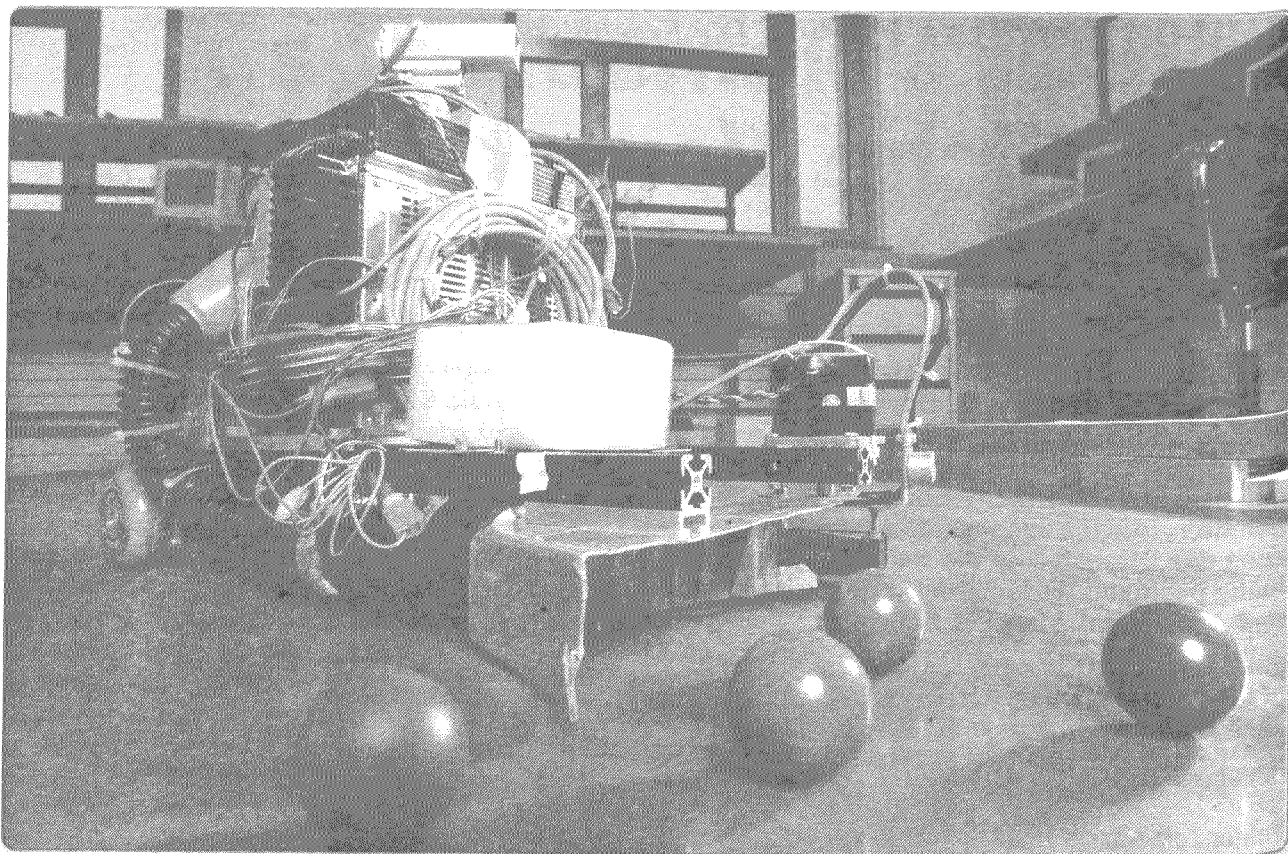
FORTSETZUNG VON SEITE 5

SP nach staatlichem Risikokapital sind als parteitaktische Ablenkungsmanöver zu klassifizieren, wohl um die eigene wirtschaftspolitische Vergangenheitsbewältigung nicht durchführen zu müssen. Mit Leerformeln kann bekanntlich nur symbolisch Remedur geschaffen werden.

Für die FDP hat die politische Lösung der von den KMUs aufgezeigten Probleme Vorrang. In der nebenstehenden Tabelle sind diese, nach Prioritäten gegliedert, abgebildet. Nicht überraschend stehen 19 Problembereiche direkt in Verbindung mit staatlichen Vorschriften.

## Massnahmen-schwerpunkte der FDP

Für die 21 Problembereiche wurden von den KMU-Unternehmern im Verlaufe der Hearings gesamthaft 79 konkrete Lösungsvorschläge aufgebracht. Diese wurden von der FDP-Bundeshausfraktion zusammen mit



Moderne Industriezweige werden nicht selten durch KMUs erschlossen.

(Photo key)

### ZUM THEMA

Unsere Umfragen ergaben, dass der KMU-Unternehmer sich heute – im Durchschnitt – etwa einen Arbeitstag pro Woche mit administrativ-rechtlichen Vorschriften auseinandersetzen muss.

Die Rufe der SP nach staatlichem Risikokapital sind als parteitaktische Ablenkungsmanöver zu klassifizieren, um die eigene wirtschaftspolitische Vergangenheitsbewältigung nicht durchführen zu müssen.

Für die FDP hat die politische Lösung der von den KMUs aufgezeigten Probleme Vorrang.

Vertretern der Kantonalparteien auf ihre politische Umsetzung hin überprüft. Nach einer Analyse der bereits vom Bundesrat ergriffenen Massnahmen und der von der Legislative vorgesehenen Massnahmen im Bereich der Mehrwertsteuer und des Risikokapitals setzte die FDP-Fraktion Prioritäten, um die administrativen Belastungen schnellstmöglich zu beseitigen. Eine Auswahl:

#### Reduktion administrativer Vorschriften

■ Um die Vielzahl der administrativen Vorschriften zu reduzieren, fordert die FDP die umfassende Einführung von zeitlichen Limiten für administrative Bewilligungen, innert deren Frist Gesuche zu beantworten sind. Im weiteren erachten wir es als notwendig, dass administrative Vorschriften derart abzufassen sind, dass sie für die Unternehmer auch ohne Zuhilfenahme juristischer Experten verständlich sind. Bei einer Reihe von administra-

tiven Vorschriften drängt die FDP den Bundesrat und die kantonalen Exekutiven darauf, die weitere gesetzliche Notwendigkeit und den Detaillierungsgrad neu zu beurteilen.

#### Reduktion der statistischen Erhebungen

■ Zur Verminderung der Belastungen durch die amtlichen statistischen Erhebungen fordern wir eine generelle Reduktion der statistischen Erhebungen um 50%.

#### Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung

■ Im Bereich der Umweltschutzgesetzgebung postulieren wir bei der Vorlage von neuen Umweltschutzvorschriften eine Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung von Amtes wegen. Vordringlich ist gleichfalls die Durchsetzung der Einheit der Materie auf Verordnungsstufe.

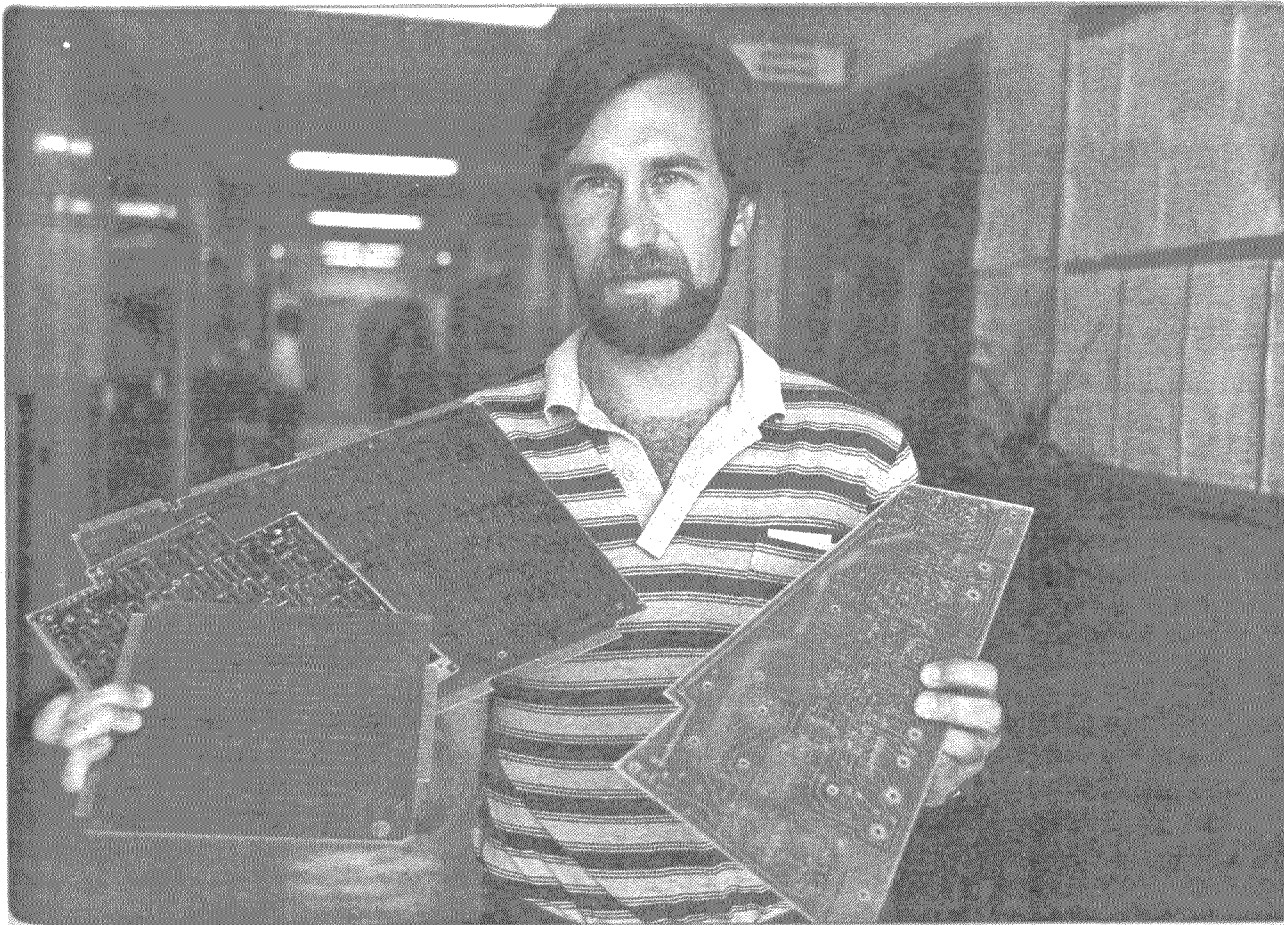
#### Behandlungsfristen im Bauwesen

■ Im Bereich der Baugesetzgebung sind Behand-

## KMU

### Problembereiche der KMUs

- Vielzahl und Unverständlichkeit der öffentlich-administrativen Vorschriften
- Vielzahl der amtlichen statistischen Erhebungen
- Wenig unternehmensfreundliche Umweltschutzgesetzgebung
- Detailbehaftete Bauvorschriften
- Umfang und Administration der Sozialleistungen
- Administration Mehrwertsteuer
- Administrative Hindernisse bei der Unternehmensgründung
- Administrative Hindernisse bei der Unternehmensnachfolge
- Ungenügende Kundenorientierung der öffentlichen Verwaltung
- Fehlende Ausschreibung staatlicher Leistungen
- Unflexibler Zollverkehr
- Limitierte Ladenöffnungszeiten
- Unflexibles Arbeitsgesetz
- Modetrend Qualitätssicherungs-Zertifizierung (ISO-Normen)
- Ungenügende wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung an den Schulen
- Ineffizienzen im kantonalen Messwesen
- Existenz der Emissionsabgabe
- Kirchensteuer für juristische Personen
- Ungenügende steuerliche Begünstigung des Risikokapitals
- Restriktive Kreditpolitik der Banken
- Ungenügende Bankkenntnisse über das lokale Unternehmertum



Im berühmten Silicon Valley in Kalifornien (USA) begannen die heutigen Computergiganten als KMUs.

ZUM THEMA

Um die Vielzahl der administrativen Vorschriften zu reduzieren, fordert die FDP die umfassende Einführung von zeitlichen Limiten für administrative Bewilligungen, innert deren Frist Gesuche zu beantworten sind.

Bei den Sozialleistungen bekämpfen wir vehement jede weitere Zunahme der Lohnnebenkosten. Ein Moratorium ist unabdingbar.

Die KMU-Offensive der FDP macht deutlich, dass die heutige Situation der Unternehmen nicht nur entschieden verbesserungswürdig ist, sondern ebenso entschieden verbessert werden kann – sofern der politische Wille vorhanden ist. Die FDP hat diesen Willen.

lunftsfristen einzuführen. Bei einem offensichtlichen Missbrauch der Einsprache- und Beschwerdemöglichkeiten sind die Verfahrenskosten dem Verursacher zu übertragen. Zusätzlich ist der Instanzenweg für Rekurse und Beschwerden zu kürzen und ein Entrümpeln von kleinlichen Vorschriften an die Hand zu nehmen.

*Moratorium bei den Lohnnebenkosten*

Bei den Sozialleistungen bekämpfen wir vehement jede weitere Zunahme der Lohnnebenkosten. Ein Moratorium ist unabdingbar. Die KMU-Hearings haben unzweideutig ergeben, dass weitere Prozentpunkte bei den Lohnnebenkosten für die KMUs zu einer Frage des wirtschaftlichen Überlebens führen werden. Zudem ist zu prüfen, inwieweit die Administration der verschiedenen Sozialleistungen mittels der Verwendung einheitlicher Formulare und

Kontrollen gestrafft werden kann.

*Eine einzige Anlaufstelle*

Zur Vereinfachung der Unternehmensgründung bzw. -nachfolge fordern wir die Einrichtung einer einzigen Anlaufstelle in der öffentlichen Verwaltung, wo die Gründungsadministration innerhalb von 24 Stunden erledigt werden kann («One-Shop-Approach»). Bei den kantonalen Erb-

schaftssteuern ist die Bezahlung in Raten zu ermöglichen.

*Kundenorientierung*

Um die Kundenorientierung der öffentlichen Verwaltung zu steigern, postulieren wir die Einführung von Leistungsindikatoren in den Abteilungen der öffentlichen Verwaltung, die als Zielvorgabe die Mindestzufriedenheit der Kunden (KMUs, Bevölkerung usw.)

mit dem Verwaltungshandeln vorgeben.

*Verwaltungsleistungen öffentlich ausschreiben*

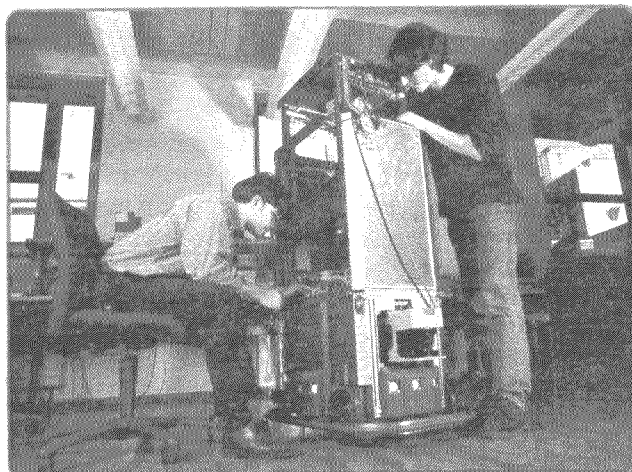
Um das Auslagerungspotential von öffentlichen Verwaltungsleistungen zu realisieren, werden die kantonalen und kommunalen FDP-Gruppen verstärkt darauf hinwirken, dass staatliche Dienstleistungen wie z. B. «Strassenunterhalt» und «Müllabfuhr» öffentlich ausgeschrieben werden. Als Bewerber sollen öffentliche und private Bewerber zugelassen werden.

**In der Nationalliga A bleiben**

Die KMU-Offensive der FDP macht deutlich, dass die heutige Situation der Unternehmen nicht nur entschieden verbesserungswürdig ist, sondern ebenso entschieden verbessert werden kann – sofern der politische Wille vorhanden ist. Die FDP hat diesen Willen. Die mannigfachen, meist

staatlich verursachten Probleme sind zu beseitigen. Die unternehmerische Dynamik ist durch staatliche Rahmenbedingungen zu fördern anstatt zu bremsen. Da die Anpassung an den globalen Strukturwandel alleine schon genug Kraft erfordert, darf der Staat nicht noch zusätzlich als Hindernis auftreten.

Deshalb gilt es mit Hilfe der KMU-Offensive der FDP, die Pfeiler des Schweizer Unternehmertums wieder zu stärken, die KMUs optimal auf die Herausforderungen der Globalisierung vorzubereiten und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch optimale Rahmenbedingungen zu fördern. Nur das Beschreiten dieses Weges wird ausreichend Gewähr bieten, dass die Schweiz bezüglich Wohlstand und Wirtschaftskraft in der Nationalliga A verbleiben wird.



Gerade junge Berufsleute finden in innovativen KMUs berufliche Entwicklungschancen. (Photos key)

VERANSTALTUNG

# FDP-Bildungspolitik: Schwungrad für den Aufschwung

Die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz findet in Locarno an den Gestaden des Lago Maggiore statt, wohin uns unsere Tessiner Parteifreunde eingeladen haben. Wir danken ganz herzlich dafür, dass wir in unserem südlichsten Kanton Gast sein dürfen.



Den thematischen Schwerpunkt am Samstag haben wir bei der Bildungspolitik gesetzt. Ausgegangen sind wir von der Erkenntnis, dass ein wesentlicher Teil der immer noch ansteigenden Arbeitslosigkeit in der Unterqualifikation der Betroffenen seinen Ursprung hat. Die FDP möchte deshalb die Bildungspolitik auf die politische Traktandenliste setzen. In Locarno sollen neue Vorschläge erarbeitet werden, wie und

wo schweizerische und kantonale Bildungspolitik dazu beitragen kann, die gegenwärtig angebotene Bildung an verschiedensten Orten wieder den Bedürfnissen von Industrie, Gewerbe und Dienstleistern, von Verwaltung und Forschung anzugleichen.

Dies alles im Bestreben, den jungen und den älteren Menschen in diesem Land wieder die heute notwendige Qualifikation zu ermöglichen. Auf dass die freisinnige Bildungspolitik zum Schwungrad für den Aufschwung werde!

Einen gewichtigen Platz an der diesjährigen ordentlichen Delegiertenversammlung werden zwei Vorlagen der Eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997 einnehmen, die auf den ersten Blick wenig Gemeinsames aufzuweisen scheinen. Und doch: Beide Volksinitiativen hätten bei einer Annahme durch Volk und Stände Einschränkungen – im einen Fall für die Aus-

senpolitik, im andern Fall für die schweizerische Exportindustrie – zur Folge. Die Volksinitiative «EU-Beitritts-Verhandlungen vor das Volk» der SD/Lega möchte die Kompetenzaufteilung für aussenpolitische Fragen umkehren: Der Bundesrat müsste im Bedarfsfall per Volksentscheid ausdrücklich dazu ermächtigt werden, Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) über einen allfälligen Beitritt aufzunehmen. Die Volksinitiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» würde die schweizerische Industrie einschränken beim Export von Gütern, die allenfalls auch als Kriegsmaterial verwendet werden könnten. Daneben werden wir uns am Freitag mit den alljährlich wiederkehrenden statutarischen Geschäften beschäftigen.

*Christian Kauter  
Generalsekretär  
FDP der Schweiz*

## Talon

Zur ordentlichen Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich mit dem Talon an:

Name:	Vorname:
Strasse/Nr.:	PLZ/Ort:
Teilnahme am	<input type="checkbox"/> Freitag, 18. April 1997 <input type="checkbox"/> Samstag, 19. April 1997
Ich brauche ein Hotelzimmer	
<input type="checkbox"/> im Viersternhotel für Fr. 100.–/150.– pro Nacht (EZ) und Fr. 100.–/118.– pro Nacht und Person (DZ)	
<input type="checkbox"/> im Dreisternhotel für Fr. 80.–/100.– pro Nacht (EZ) und Fr. 70.–/90.– pro Nacht und Person (DZ)	
Vom	bis zum <input type="checkbox"/> EZ <input type="checkbox"/> DZ
Datum:	Unterschrift:

Bitte möglichst rasch einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51, oder Einschreibung direkt auf der Internet-Homepage der FDP (<http://www.fdp-prd/fdp-prd/>).

## Auf nach Locarno!

Die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz findet dieses Jahr am 18./19. April in Locarno statt. Wie im letzten «Freisinn» angekündigt, wird Ihnen hier das Programm von Delegiertenratssitzung und Delegiertenversammlung mitgeteilt.

### Freitag, 18. April 1997

- 13.00 Sitzung des Delegiertenrates
- 15.00 **Ordentliche Delegiertenversammlung (1. Teil)**  
Eröffnungsreferat von Franz Steinegger, Parteipräsident FDP Schweiz
- 15.30 Statutarische Geschäfte
- 16.00 Volksinitiative «EU-Beitritts-Verhandlungen vor das Volk», Podiumsdiskussion  
Pro: Nationalrat Flavio Maspoli, Lega/TI  
Contra: Ständerätin Erika Forster, FDP/SG  
Nationalrat Fulvio Pelli, FDP/TI  
Moderation: Thomas Bornhauser, Chefredaktor «Neue Luzerner Zeitung»  
Votum von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher EVD
- 17.00 Volksinitiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr», Podiumsdiskussion  
Pro: NR Jean Spielmann, PDA/GE  
2. Pro-Teilnehmer/in noch offen  
Contra: Nationalrat Erich Müller, FDP/ZH  
Nationalrat Jean-Pierre Bonny, FDP/BE  
Moderation: Hanspeter Trütsch, Fernsehen DRS  
Votum von Bundesrat Kaspar Villiger, Vorsteher EFD
- 18.00 Parolenfassung
- 18.10 Schlusswort durch Nationalrat Franz Steinegger, Parteipräsident FDP
- ab 19.00 Apéro
- 20.00 Abendessen

### Samstag, 19. April 1997

- 09.00 **Ordentliche Delegiertenversammlung (2. Teil)**  
«Bildungsinvestition als Wohlstandspotential für den Wirtschaftsstandort Schweiz»  
Wirtschaftsvertreter
- 09.30 «Verbesserungspotentiale der aktuellen Bildungspolitik – Lernen von den Besten»  
Prof. Dr. Rolf Dubs, Universität St. Gallen
- 10.00 Für Wohlstand und Arbeitsplätze: Podiumsdiskussion über bildungspolitische Postulate der FDP
- 11.45 Schlusswort des Parteipräsidenten
- ab 12.00 Apéro



AMAG ...news  
jeden Sonntag  
auf Schweiz 4.  
Mit Autowettbewerb.

AMAG-Leasing: Audi A4  
Iab Fr. 33300.-).  
Fr. 1745/Tag, Fr. 530.35 mtl.  
(48 Monate / 10000 km pro Jahr).

www  
Audi auf Internet  
<http://www.audi.ch>

Auto  
Profit  
Hotline:  
0844 810 810

AMAG Import,  
5116 Schinznach-Bad,  
und die 500 Audi-Partner in  
der Schweiz wünschen gute Fahrt.



**Alle Autos haben vier Räder.**

**Aber wir nutzen sie auch. Audi A4 quattro.**

Der Audi A4 quattro ist ein Auto, das durch sein Design fasziniert und mit technischen Innovationen beeindruckt. Ein Auto, das Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umwelt in gleichem Masse berücksichtigt. Ein Auto, das Sportlichkeit mit Langstreckenkomfort vereint. Ein Auto, das Stil dokumentiert, statt mit Status zu imponieren. Alles in allem gesehen ein schon ziemlich einzigartiges Auto. Audi A4 ab Fr. 33'300.-.

**quattro. Für Ihre Sicherheit.**

**Audi**   
Vorsprung durch Technik.

# Politikinhalt bestimmen Parteiattraktivität

**Die Frage nach Rolle und Stellenwert der Parteien in einer Demokratie tritt regelmässig dann auf, wenn Probleme geortet werden. Für die Schwäche vorab der grossen Parteien gibt es rasche Erklärungen, die in mangelnden Finanzen liegen, in der nicht vorhandenen rechtlichen Verankerung. Diese Begründung ist aber vielleicht allzu einfach. Entscheidend für Kraft und Geltung ist doch regelmässig, wie eine Partei vom Bürger wahrgenommen wird.**

**MATTHIAS KUMMER,  
ZÜRICH,  
DIREKTOR GESELL-  
SCHAFT ZUR FÖRDERUNG  
DER SCHWEIZERISCHEN  
WIRTSCHAFT**



Parteien sind wesentliche Elemente der Demokratie.

Die Wirtschaft ist die letzte, die das bestreiten würde, arbeitet sie doch eng mit den Parteien als Ansprechpartner für ihre wirtschaftspolitischen Anliegen zusammen. Das kann aber nicht daran hindern, Überlegungen dazu anzustellen,

wie diese für sie wichtigen politischen Organisationen heute arbeiten.

## Bewegungen sind flexibler

Was der Begriff «Partei» beinhaltet, ist schwer zu definieren. Von breit abgestützten Gebilden mit ausgeklügelten Organisationsformen bis hin zu eruptiv entstehenden und auf punktuelle Optiken konzentrierten «Bewegungen» ist die Bandbreite weit. Vor allem sind es die Elemente der Dauer, der Berechenbarkeit und der Beständigkeit, die

eine Partei ausmachen. Dies trennt Parteien von der blossen «Bewegung». Gerade darin liegt aber ein Grund für die Schwierigkeiten, denen die Parteien begegnen. Sie stehen in Konkurrenz zu Organisationen, die oft ohne weitere Verantwortung Einzelanliegen verfechten und ohne staatspolitischen Ballast wirken. «Bewegungen», kaum auf Dauer konstituiert, besitzen eine hohe Flexibilität und sind nicht eingebunden in schwerfällige demokratische Organisationsmechanismen. Der Bürger aber beobachtet diese Organisationen mit ihren teilweise spektakulären Aktionen und vergleicht. Und er wird feststellen, dass «Bewegungen» oft Aktivitäten entsprechen, die teilweise durchaus die Bandbreite jener der Parteien annehmen können, vorab im umweltpolitischen Bereich.

## Weniger interne Angriffspunkte

Je breiter das Spektrum einer Partei, je weiter ihr Aktionsfeld, desto schwieriger wird es ihr fallen, einfache und einprägsame Rezepte zu entwickeln und zu kommunizieren. Diese und somit die Inhalte der Politik bestimmen letztlich die dauerhafte Attraktivität und Autorität einer Partei.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Überlegung, wieweit eine Partei bereit ist, dem Bürger reinen Wein einzuschenken, eine Aufgabe, die gerade heute für unser Land von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der Mut zur Unpopularität bedeutet zweifellos Stärke, die vielleicht nicht momentan, aber sicher dauerhaft vom Bürger honoriert wird. Parteien sind immer ein Produkt einer Zeit und eines Zeitgeistes. Im letzten Jahrhundert war die Tätig-

## ZUM THEMA

*Eine Partei, die ein breites Spektrum anspricht und von einer weiten Bevölkerung getragen sein will, wird fast zwangsläufig den Nenner ihrer Politik verkleinern müssen, damit sie wenig interne Angriffspunkte bietet. Dies zerstört in demselben Masse ihre Kraft und Autorität.*

*Die Schweiz lebt zunehmend in einer politischen Schizophrenie, in die auch die Parteien eingeschlossen sind. Drang und Zwang zur Pflicht in die Konkordanz begrenzt den Freiraum der Parteien auf Bundesebene und lässt die politische Kür zu seltenen Ereignissen werden.*

keit der Parteien auf den Aufbau und die Ausgestaltung des Bundesstaates konzentriert, später waren Sozialismus und Bauernbewegung Eckpunkte parteipolitischer Weiterentwicklungen.

## Besitzstände

Solche fundamentalen Aufgaben sind heute vollendet

# Trockengelegt

STROM-FORUM 1/97

Der Stromverbrauch hat 1996 um 1,7% zugenommen. Infolge der Trockenheit produzierten die Wasserkraftwerke 16,6% weniger Strom als im Vorjahr. Die in den letzten zwei Jahren politisch hochgespielte Stromschwemme wurde von der Natur «trockengelegt». Während sieben Monaten des Jahres 1996 waren wir auf unsere ausländischen Partner angewiesen. Von Stromschwemme keine Spur.

## Natur legt Stromschwemme trocken

1996 produzierten die Wasserkraftwerke fast 13% weniger Strom als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre, 1994 hingegen 15% mehr. Damit werden die alten Vorwürfe, die Elektrizitätswerke hätten zu viele Kraftwerke gebaut, von der Natur widerlegt.

## Elektrizitätswerke sorgen vor

Auch bei schwankender Wasserkraft muss Strom genau in dem Moment produziert werden, in welchem er gebraucht wird. Deshalb sorgen die Schweizer Elektrizitätswerke vor. Mit ausländischen Partnern bestehen Strombezugsverträge, damit wir in der Wirtschaft, im Haushalt und in der

VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTWERKE, Postfach 6140, 8023 Zürich

Internet: <http://www.strom.ch>



Parteien müssen bereit sein, dem Bürger reinen Wein einzuschenken.

(Photo ruti)

und befinden sich in diffizilen Modifizierungsprozessen. Eher wenden wir uns jetzt gegen eine Überdemokratisierung, sicher gegen ein verantwortungsloses Ausufer des Sozialstaates und eine konzeptlose und teure Landwirtschaftspolitik. In der Zwischenzeit sind aber überall Besitzstände verwirklicht worden, deren Zerstörung oder Erhaltung schwierige Interessenarbitragen beinhalten. Ziele und Methoden einer Partei sind – innerhalb

der Bandbreite einer grundsätzlichen Ausrichtung – nicht auf ewig vorbestimmt. Die Stärke einer Partei bestimmt, wie sie mit dieser Erkenntnis umzugehen weiss.

Das ständige Schielen nach politischer Machbarkeit und Akzeptanz – zwei Unwörter der Fortschrittsverweigerer – lässt Spielraum den «Bewegungen», die solche Fesseln nicht kennen. Am Anfang einer grossen Tat steht bekanntlich die Häresie (Alvin

Toffler). Dazu scheinen die grossen Parteien kaum in der Lage zu sein. Der Bürger nimmt dies wahr.

### Grassierende Hyperdemokratie

Die Folge der Konkordanzsucht ist, dass auch in den eigenen Reihen eine grassierende Hyperdemokratie entstanden ist, die sich weitgehend ungehindert auslebt. Sie äussert sich in einer Flut von Initiativen und Referenden und stempelt beispielsweise die Frakti-

onsdisziplin und damit die parlamentarische Kohärenz einer Partei zum demokratischen Mangel. Die vorsichtige und auf Konsens hin steuernde Haltung der grossen Parteien ist in Zeiten, die Führung verlangen, eine praktische Schwächung. Damit ist frontal das Problem der Konkordanz angesprochen. Es bewahrheitet sich auch bei den Parteien, dass gerade die bestangepassten Strukturen am schwersten zu ändern sind. Die Schwäche kommt in einem Umfeld, in dem die Wirtschaft sich in enormen Strukturanpassungen befindet, überdeutlich zum Vorschein.

### Berechenbarkeit dank klaren Zielsetzungen

Public Relations und lautstarke Polemik bedeuten nicht Stärke. Hingegen beinhalten klare Zielsetzungen die Berechenbarkeit schlechthin. Zielsetzungen müssen langfristig, ideenreich, pointiert und vielleicht sogar etwas verstiegen sein. Solche Ziele – manche würden Visionen sagen – sind dann realisierbar, wenn sie durch Zwischentappen und Zwischenziele am Leben gehalten werden. Damit ist es

### ZUM THEMA

Die Folge der Konkordanzsucht ist, dass auch in den eigenen Reihen eine grassierende Hyperdemokratie entstanden ist, die sich weitgehend ungehindert auslebt.

Es bewahrheitet sich auch bei den Parteien, dass gerade die bestangepassten Strukturen am schwersten zu ändern sind.

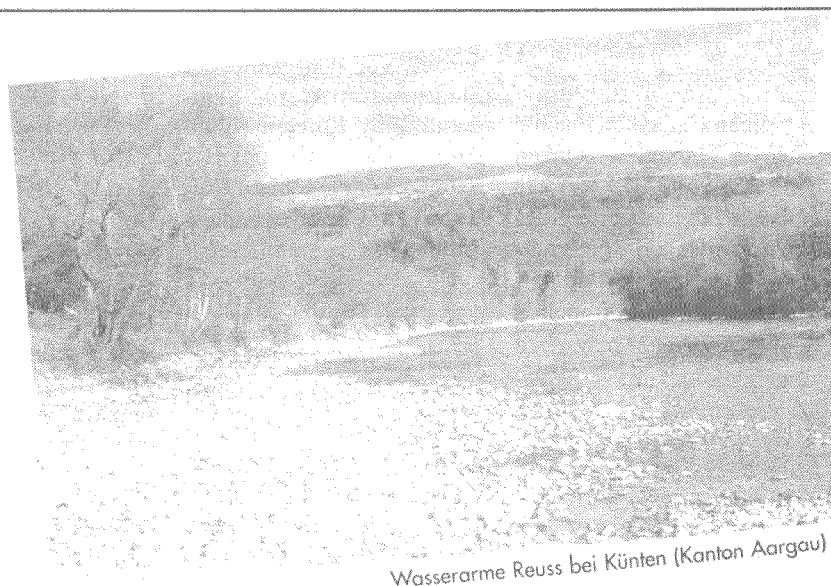
Zielsetzungen müssen langfristig, ideenreich, pointiert und vielleicht sogar etwas verstiegen sein.

auch möglich, langfristige Ziele in Erfolge umzuwandeln und diese Tatsache dem Bürger zu vermitteln. Dieses Vorgehen bedeutet vorab in der Wirtschaftspolitik eine neue Berechenbarkeit und Konstanz und zeitigte auch Wirkung abseits der üblichen Legislaturperioden mit ihren ewig repetitiven Neuanfängen. Darin läge wohl die Stärke einer Partei, für die wir uns einsetzen. ■

Freizeit auch bei Niedrigwasser genügend kostengünstigen Strom haben.

### Ohne Kernkraftwerke geht es nicht

Kernkraftwerke produzieren rund um die Uhr sogenannte Bandenergie. Sie werden nur im Sommer, wenn wir wegen der Schneeschmelze am meisten Wasserkraft haben, zur Revision abgestellt. Dank Leistungserhöhungen konnten die Kernkraftwerke 1996 den Ausfall der Wasserkraft mindern. Der Kernenergieanteil stieg so auf 43%.



Wasserarme Reuss bei Künten (Kanton Aargau)

## KOLUMNE

## Presserat und Tat



Zwei Dinge sind bei den Zeitungen und Zeitschriften, bei Radio und Fernsehen klar: zum einen, dass es in der Demokratie freie Medien braucht; und zum andern, dass die Medien ihre Freiheit nicht dauernd, aber immer wieder missbrauchen. George Orwells Überzeugung, die Freiheit bedeute das Recht, den Menschen zu sagen, was sie nicht hören wollen, ist eine gute Maxime, obwohl sie manche verunsichert und verärgert. Auch Lord Northcliff, dem Gründer der «Times», ist durchaus zuzustimmen, wenn er sagt, eine echte Nachricht sei nur, was irgend jemand irgendwo vertuschen möchte; alles andere sei Reklame. Deckt demnach die

Medienfreiheit jede Rücksichtslosigkeit und Schamlosigkeit ab? Ist jede und jeder, der sich dagegen verweigert, ein repressiver Geist mit dem heimlichen und bösen Traum von der totalen Zensur?

Zu bejahen ist bloss, dass es zu den heikelsten demokratischen Aufgaben gehört, die Medienfreiheit im Wechselspiel mit den anderen Grundrechten zu definieren. Und vollends um eine Quadratur des Zirkels handelt es sich, im konkreten Einzelfall zwischen engagiertem, strapaziertem und exorbitantem Gebrauch der Medienfreiheit zu unterscheiden. Sollen wir es bei heftigen und endlosen Diskussionen bewenden lassen und gelegentlich Ombudsmänner und Beschwerdeinstanzen,

Anwälte und Richter einschalten? Zumeist bleibt ein Unbehagen.

Die Medienverantwortlichen aller Stufen sind aufgerufen, die Verteidigung der Medienfreiheit zu verbessern. Eine wirksame Massnahme besteht darin, die Bedeutung des Schweizer Presserates zu erhöhen und seinen Einfluss zu mehren. Er ist nicht mehr nur wie bisher vom Schweizer Verband der Journalistinnen und Journalisten (SVJ) einzusetzen, sondern von allen publizistischen Organisationen. Wo die Medienfreiheit mit breiterer Resonanz strittig geworden ist, soll er die Abklärungen treffen, eine Beurteilung vornehmen und befriedigende Konsequenzen ziehen. Die vom Presse- zum Medienrat erweiterte Institution muss die Gewissheit gewinnen, von sämtlichen Medienunternehmen und Medienschaffenden ernst genom-

men zu werden, verbunden mit der Bereitschaft, über Ratsverlautbarungen umfassend zu berichten und sie öffentlich zu erörtern: auch und gerade in unerfreulichen und unangenehmen Angelegenheiten. Mit einem aus hochkarätigen und national reputierten Berufsleuten zusammengesetzten Rat müsste dies selbstverständlich sein.

Seine klare Aufwertung wäre nach aussen ein Signal, dass die Medien insgesamt die für sie unerlässlich grossen Freiheiten nicht bloss unter dem Aspekt des Rechts beanspruchen, sondern auch unter jenem der Pflicht. Wie die Demokratie die Medienfreiheit braucht, so braucht diese den liberalen und kritischen Diskurs. Er ist Medienpflicht.

*Alex Bänninger,  
Publizist, Präsident  
des Freisinnigen  
Presseverbandes  
der Schweiz, Zürich*

## SESSIONSGEFLÜSTER

Wird der Staat zum Verwalter des Welt-Armenhauses, fragte sich Andreas Iten (FDP/ZG) in der Diskussion um den Aussenwirtschaftsbericht des Bundesrates, der die Liberalisierung und Globalisierung der Weltwirtschaft thematisierte.

★

Ähnliche Gedanken machte sich Thomas Onken (SP/TG) zur PTT-Reform und zur Liberalisierung des schweizerischen Fernmeldemarktes: Diese Globalisierung sei im doppelten Sinne Ungeheuer bzw. eben ungeheuerlich...

★

Gian-Reto Plattner (SP/BS) verglich in seinem engagierten Votum gegen die «anti-intellektuelle» Genschutzinitiative diese Volksinitiative mit der Absicht,

die Feuersbrünste durch ein generelles Verbot des Feuers zu verhindern...

★

Nationalrätin Verena Grendelmeier (LdU/ZH) und Ständerat Gian-Reto Plattner (SP/BS) präsentierten ihre Ideen für einen privaten Fonds für Zweit-Weltkrieg-Opfer ausgerechnet in der Schützenstube des Bürgerhauses, vor der Fahne der Stadtschützen Bern. Ständerat Willy Loretan (FDP/AG) als passionierter Schütze konnte seinem Kollegen zur vaterländischen Ambiance nur gratulieren.

★

«Sie haben für Bundesrat David gestimmt», teilte Nationalratspräsidentin Judith Stamm (CVP/LU) dem verdrutzten Parlament mit. Sie meinte natürlich für jenen Antrag, der sowohl vom Bundesrat wie von Nationalrat Eugen David (CVP/SG) unterstützt wurde. Meinte

Elmar Ledergerber (SP/ZH) lächelnd zu seinem Ratskollegen: «Sind wir schon so weit, Herr Bundesrat?»

★

Ein Schmunzeln bei Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, als er das ihm vorgelegte neuste «Aargauer Amtsblatt» las: Unter dem «Konkursamt Bremgarten» wurde vom Konkurs über «D'Amato» berichtet, der mangels Aktiven eingestellt worden sei. Der Vorname war allerdings Giovanni...

★

«Es gibt Leute, die sich Bio schimpfen und nicht Bio sind!» stellte Carlo Schmid (CVP/AI) in der Landwirtschaftsdebatte fest, nicht ohne stolz auf den Trend im eigenen Kanton Richtung Bio-Betriebe zu verweisen.

★

Bundesrat Kaspar Villiger zitierte in der grossen «Spesendiskussion» des Nationalrates beim Mehrwert-

steuergesetz die noch viel restriktiveren ausländischen Regelungen und meinte schmunzelnd: «Da wird mein Vorgänger mit seiner häftigen Befreiung der Speisen ja direkt zum Mäzen!»

★

«In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich auf mein – wie ich meine – ausgezeichnetes Votum», überraschte Kaspar Rhyner (FDP/GL) in der Tourismusdebatte den Ständerat.

★

Hans Uhlmann (SVP/TG) attestierte dem SP-Kollegen Thomas Onken aus seinem ländlichen Kanton, dass er in der Agrarpolitik Fortschritte gemacht habe und damit nicht nur Leiter einer Fernschule, sondern selbst auch lernfähig sei...

★

Vom Saulus zum Paulus geworden sei Bundespräsident

## IMPRESSUM

## Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51, E-mail: gs@fdp-prd.ch

## VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

## INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

## DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren  
Einzelnummer Fr. 2.-  
Jahresabonnement Fr. 20.-

Arnold Koller, kritisierte Willy Loretan (FDP/AG) unseren Justizminister in Sachen Raumplanung und Öffnung der Landwirtschaftszonen für andere Nutzungen. Der Bundespräsident sah in dieser Äusserung «für jeden Christen ein grosses Lobeswort». In der Tat müsse auch er sich auf die neue Landwirtschaftspolitik ausrichten...

★

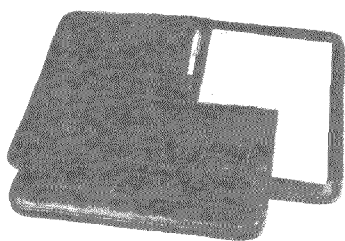
Eine Lektion in Sachen Raumplanung erteilte der Glarner Baudirektor Kaspar Rhyner (FDP/) der kleinen Kammer auf Grund seiner Erfahrungen im Bergkanton. Er habe mit einem ausländischen «Buchsreiber, das heisst Schriftsteller», eine Reise durch die Schweiz gemacht. Und dieser habe im Vergleich zu den USA festgehalten, gerade die dezentrale Besiedelung mache den Reiz der Schweiz aus.

Mutzi

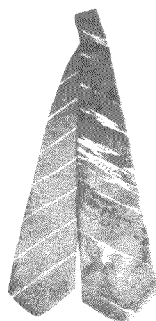
# An Ostern denken



Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Denken Sie an Ostern! Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber schenken? Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschaffen Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



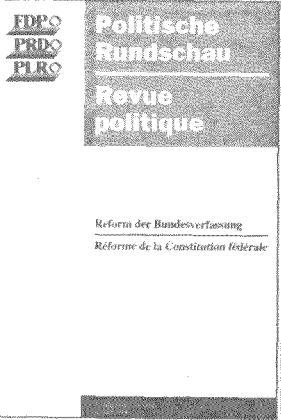
Die Krawatte classic oder die Krawatte New look, die Mann einfach haben muss.



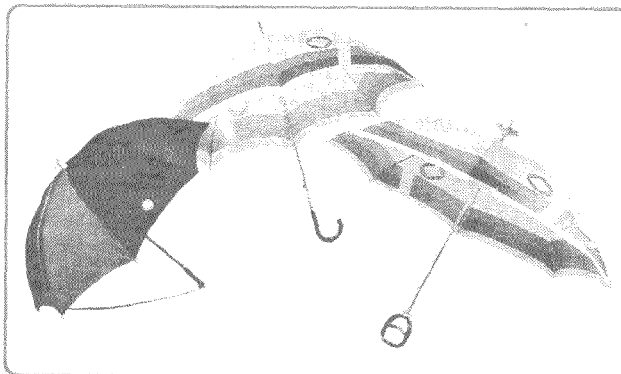
Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



Weiter ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.

## Talon

ICH BESTELLE:



- |  |            |  |            |
|--|------------|--|------------|
| <input type="checkbox"/> Ex. Konferenzmappe    | à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Ex. Holzschirm          | à Fr. 35.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. FDP-Pin 100 Jahre | à Fr. 5.-  | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte classic    | à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Portefeuille      | à Fr. 44.- | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte New look   | à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Doppelschirm      | à Fr. 30.- | <input type="checkbox"/> Ex. Festschrift         | à Fr. 15.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Sportschirm       | à Fr. 30.- | <input type="checkbox"/> Stück FDP-Foulard 95 zu | Fr. 50.-   |

Name: \_\_\_\_\_

4/97

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

FDP/JUNGFREISINNIGE SCHWEIZ 4. Sommeruniversität 1997

# Bundesrat Villiger im Gespräch mit Jugendlichen

In der Woche vom 18. bis zum 22. August 1997 findet in Neuenburg die vierte Sommeruniversität der FDP und der Jungfreisinnigen statt.

STEFAN FRITSCHI,  
WINTERTHUR (ZH)



Bereits zum vierten Mal organisiert die FDP eine exklusive Ausbildungswoche für Jugendliche. Den Jugendlichen stehen als Referenten und Diskussionspartner eidgenössische FDP-Parlamentarier und -Parlamentarierinnen zur Verfügung.

An der diesjährigen Sommeruniversität wird der Besuch von Bundesrat Kaspar Villiger sicher ein einmaliges Erlebnis für alle Teilnehmenden sein. Die Brücke zwischen den Jugendlichen und den sonst nur aus den Medien bekannten Politikern und Politikerinnen wurde sehr schnell geschlagen, und es fanden aufschlussreiche

und offene Gespräche statt.

Vom 18. bis zum 22. August 1997 wird in Neuenburg die vierte Sommeruniversität durchgeführt. Sie steht wieder allen politisch interessierten Jugendlichen (keine Parteimitgliedschaft erforderlich!) zwischen 18 und 30 Jahren offen. Die Diskussionen und Gespräche finden in zwei Gruppen – auf französisch und auf deutsch – statt. Es haben sich bereits einige hochkarätige FDP-Persönlichkeiten bereit erklärt, dieses Jahr den

Jungen Red und Antwort zu stehen. Neben Bundesrat Villiger haben bereits Bundeskanzler François Couchepin, Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinegger, Fraktionspräsidentin und Ständerätin Christine Beerli, die Nationalräte Pascal Couchepin (Aussenpolitik), Françoise Saudan (Sozialpolitik), Gerold Bühler und Daniel Vogel (Finanz- und Wirtschaftspolitik), Karl Tschuppert und John Dupraz (Landwirtschaftspolitik), Christiane Langenberger und François Loeb (Bildungs-

politik), Duri Bezzola und Yves Christen (Verkehrspolitik) ihre Zusage für eine Teilnahme gegeben. Weitere werden folgen. Ausgewiesene Medienfachleute werden ein Medientraining anbieten (Radio-/Fernseh-Auftritte) und die Arbeit mit den geschriebenen Medien erläutern. Bleibt zu hoffen, dass dieses vielversprechende Angebot von den Jugendlichen genutzt wird.

Telefonische Auskünfte bei Blaise Roulet, Organisator Sommeruniversität, Tel. (031) 311 34 38.



FDP-Nationalrat François Loeb (BE) im Gespräch mit Sommeruniversitäts-Teilnehmer Sacha Müller.



## Provisorische Anmeldung

Ich melde mich hiermit provisorisch an für die 4. FDP/JF-Sommeruniversität vom 18. bis zum 22. August 1997. Die Kosten betragen ca. Fr. 250.– (Kost und Logis inbegriffen).

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Jahrgang: \_\_\_\_\_ Sprache:  Französisch  Deutsch

Coupon bis 31. Juni 1997 einsenden an FDP Schweiz, Blaise Roulet, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51, Email: gs@fdp-prd.ch

# SWISSEURO GLOBAL.



K 177

GENSCHUTZ-INITIATIVE  Gefahr für Schlüsseltechnologie

# Gentechnik als Zukunftschance

**Bio- und Gentechnik eröffnen vielseitige Möglichkeiten. Bereits heute stehen zahlreiche neue und nützliche Produkte der Gentechnik zur Verfügung, vor allem im Gesundheitsbereich. Als Schlüsseltechnologie kann die Gentechnik dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Chancen der Gentechnik müssen deshalb auch in der Schweiz genutzt werden. Eine Annahme der Genschutz-Initiative würde diese Chancen ein für allemal zunichte machen.**

JOHANNES RANDEGGER,  
FDP-NATIONALRAT,  
BASEL



Die Methoden der modernen Biotechnik und Gentechnik wurden in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts entwickelt. Sie erlauben einen profunden Einblick in die Funktionsweise von Lebewesen, Ursachen von schweren Krankheiten werden dank diesen neuen Methoden verständlich und neue Behandlungsformen möglich. Bio- und Gentechnik erlauben es aber auch, bis anhin

mit chemischen oder physikalischen Methoden hergestellte Produkte, aber auch gänzlich neue Produkte mit Hilfe von Organismen herzustellen.

## Alltäglicher Nutzen

Die Gentechnik wird denn auch in sehr unterschiedlichen Bereichen eingesetzt. Waschaktive, gentechnisch hergestellte Enzyme finden sich heute in fast allen Waschmitteln und helfen, bei niederen Temperaturen sauber zu waschen. Auch in der Herstellung von Lebensmitteln werden eine Reihe von gentechnisch hergestellten Enzymen

oder Vitaminen eingesetzt. Die Gentechnik ist längst ein Teil unseres Alltags.

Dies ist vor allem im Bereich der Gesundheit der Fall: Mit gentechnisch hergestellten Medikamenten können viele Krankheiten wirkungsvoller behandelt oder sogar geheilt werden. Mit Interferonen beispielsweise können bisher unheilbare Krebsarten behandelt werden, und ein Teil der Patienten mit multipler Sklerose erfahren durch diese Stoffe Linderungen. Zur Behandlung von Blutarmut (Anämie) sowie bei der Betreuung von Dialysepatienten wird zu einem grossen Teil der gentechnisch hergestellte Blutwachstumsfaktor Erythropoietin (EPO) verwendet. Fast alle verfügbaren Aids-Tests wurden mit Hilfe der Gentechnik entwickelt.

Dies ist jedoch erst der Anfang. Die Forschung mit gentechnischen Methoden ist in den letzten Jahren weiter intensiviert worden

und erzielt zahlreiche Durchbrüche.

## Schlüsseltechnologie der Zukunft

Das Potential der Gentechnik beschränkt sich aber nicht nur auf den Bereich der Gesundheit. Für die Wirtschaft ist sie ganz allgemein zu einer Schlüsseltechnologie der Zukunft geworden. Sehr innovative Schritte könnten sich künftig aus der Mikroelektronik und Mikrosystemtechnik ergeben, beispielsweise bei der Herstellung von Biosensoren oder Biochips für die Computerindustrie.

## Chancen für die Schweiz

Die Chancen für die Schweiz, das wirtschaftliche Potential der Gentechnik zu nutzen, sind heute so gut wie noch nie. Falls diese Chance ergriffen wird, können in der Schweiz auch zahlreiche sehr wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze geschaffen werden. Gemäss einer im letzten Jahr veröffentlichten Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) könnten in zehn Jahren insgesamt mehr als 55 000 neue Arbeitsplätze von der Gentechnik abhängig sein – dies in der pharmazeutisch-chemischen Industrie sowie in den von ihr abhängigen Branchen zusammen.

Sie droht die Chance für neue Arbeitsplätze zunichte zu machen. Eine Annahme der Initiative würde die pharmazeutische und chemische Industrie dazu zwingen, Teile ihrer Forschung ins Ausland zu verlegen. Katastrophal wären die Folgen zudem für kleine Biotechnologiefirmen; die Last der in der Genschutz-Initiative enthaltenen Verbote und administrativen Bürden wäre für sie zu gross.

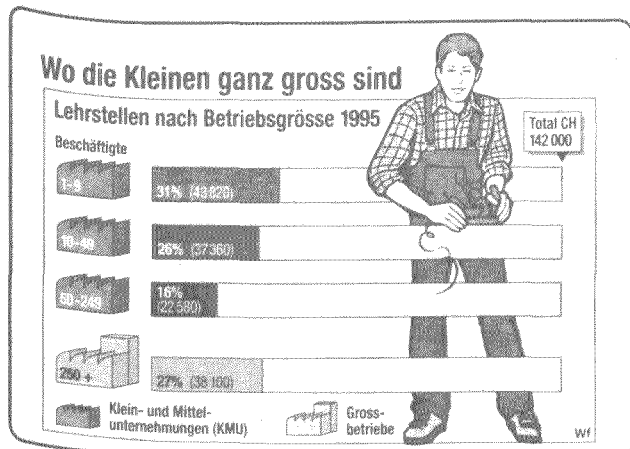
Die radikale Genschutz-Initiative ist sicherlich kein vernünftiger Weg. Angemessen ist hingegen, Missbräuche zu verhindern und dadurch sinn- und verantwortungsvolle Anwendungen zu ermöglichen. Zusätzlich hat jetzt der Nationalrat das «Genlex-Paket» lanciert. Diese konstruktiven Schritte ermöglichen, dass die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen, welche die Gentechnik bietet, auch in Zukunft weiterhin wahrgenommen werden können. ■

## KMU sind die Stütze der Berufsausbildung

Wf. Die kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) sind die wichtigste

Stütze der Berufsausbildung. Wie die Wirtschaftsförderung (Wf) feststellt,

wurden 1995 knapp drei Viertel der total 142 000 Lehrlinge in sogenannten KMUs mit maximal 250 Beschäftigten ausgebildet. 1985 belief sich die Zahl der Lehrstellen noch auf rund 200 000. Der Rückgang um knapp 60 000 Ausbildungsplätze innert zehn Jahren ist auf bevölkerungsmässige Einflüsse sowie auf die verschlechterte Wirtschaftslage und auf einen stärkeren Trend zur Schulbank zurückzuführen.



## Drohende Genschutz-Initiative

Die Chancen der Gentechnik müssen auch in der Schweiz wahrgenommen werden. Die Genschutz-Initiative will durch Verbote und neue bürokratische Hürden die Verwendung der Gentechnik in der Schweiz behindern und in vielerlei Hinsicht sogar verhindern. ■

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure

100 Jahre  
Erfahrung,  
Dynamik,  
Tradition

Ein  
Jahrhundert  
für unsere  
Umwelt

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

NEUES SCHEIDUNGSRECHT *o* Auf dem Prüfstand

# Schutz oder Respekt

**In den Sozialzielen des Entwurfes zur Bundesverfassung ist er verankert, in der Diskussion über das neue Scheidungsrecht taucht er immer wieder auf: Der Gedanke, Frauen seien zu schützen. Sind sie das? Führt der Weg zur realen Gleichstellung im alltäglichen Leben nicht eher über die Einforderung von Respekt als über die Reklamation einer besonderen Schutzwürdigkeit?**

**ERIKA FORSTER-VANNINI, STÄNDERÄTIN, ST. GALLEN**

Die Frauen haben im Bereich der rechtlichen Gleichstellung einiges erreicht. Darüber besteht weitgehend Einigkeit. Bei der realen Gleichstellung im Beruf, in der Politik und in der Familie sind zwar Schritte in die richtige Richtung, aber keine nachhaltigen Erfolge zu verzeichnen.

## Welches Frauenbild?

Den Weg zur realen Gleichstellung zeichnet das hinter dem neuen Eherecht von 1988 liegende Frauenbild vor. Nach den Vorstellungen des Gesetzgebers soll die Ehe partnerschaftlich sein. Partnerschaft ist aber nur unter autonomen Menschen möglich. Autonomie heisst Selbstbestimmung. Selbstbestimmung setzt Mündigkeit voraus, verlangt, dass die handelnde Person Verantwortung übernehmen kann und will für das, was sie tut.

## Die Frau in der Familie

Wird diesem Frauenbild im Familienalltag nachgelebt? Auch hier nur Stichworte: Die Voraussetzungen für die frei wählbare Verbindung von Elternschaft und Berufstätigkeit sind nicht gegeben. Selbstverständlich ist, dass die Frau auf ihre Berufstätigkeit ver-

zichtet, obwohl mittlerweile alle wissen sollten, dass sie damit ihre wirtschaftliche Selbständigkeit praktisch für immer aufgibt. Der einst vielgepriesene Wiedereinstieg, gefördert mit privaten und staatlichen Mitteln, hat sich über weite Teile als ein wenig ergiebiger, steiniger

ihren ursprünglich erworbenen Kenntnissen oft unterbezahlte Arbeiten verrichten müssen. Sie gehören zu den Working poor, wenn man sie nicht einfach als «Zweitverdienerinnen» klassiert, denen jede Tätigkeit und jeder Lohn zugemutet werden darf.

## Steuerliche Ungleichbehandlung

Frauen versteuern ihre Erwerbstätigkeit nur bedingt selber. Sind sie verheiratet, so gilt ihr Einkommen steuerlich als Zweiteinkommen. Sie sind nicht, wie das Fachwort heisst, «Steuer-

durch real kleiner, als wenn die beiden unabhängige Steuersubjekte wären, also z. B. im Konkubinat lebten. Konkret führt dies in vielen Fällen zur direkten Untergrabung der Wahlfreiheit der Frau bezüglich Weiterführung oder Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Haben wir nicht vor 15 Jahren darum gekämpft, dass der Ehemann der Ehefrau nicht länger ein eigenes Einkommen verwehren darf? Hier müssen durch die Einführung der Individualbesteuerung die realen Voraussetzungen geschaffen werden.

## Gleichbehandlung im neuen Scheidungsrecht

Mit der 10. AHV-Revision wurde die Betreuungsarbeit versicherungstechnisch anerkannt. Im neuen Scheidungsrecht sollen konsequenterweise auch die Ansprüche der zweiten Säule während der Ehedauer gesplittet werden. Allerdings geistert in der Diskussion um das Scheidungsrecht noch immer ein Schutzgedanke der Frau vor bzw. in der Scheidung herum. Aus einem liberalen Verständnis heraus muss sich der Staat jedoch darauf beschränken, nur den Rahmen für die Scheidungsnebenfolgen zu setzen und die schutzwürdigen Interessen der Kinder zu wahren. Die erwachsene Frau bedarf als gleichgestellte Partnerin keines besonderen staatlichen Schutzes. Im Ständerat wurde verschiedentlich für den Schutz der Frau votiert. Eine Bedenkzeit zwischen einer ersten Anhörung bei der Konventionalscheidung sei zum Schutz der Frau nötig. Warum sollen im Scheidungsfalle die ehema-



**Ständerätin Erika Forster: «Die erwachsene Frau ist gleichgestellte Partnerin.»**

und für Individuum wie Öffentlichkeit teurer Weg erwiesen. Teuer wegen der psychosozialen Folgen für Mutter und Kind, teuer, weil die einstige gute Berufsausbildung sich am Herd noch schneller entwertet als im Berufsalltag, wo ständige Weiterbildung ein Muss ist. Teuer auch, weil die Wiedereinsteigerinnen ohne zweite Ausbildung unter

subjekt». Die steuerliche Ungleichbehandlung der erwerbstätigen Ehefrau gegenüber ihrem Mann bietet dem Staat unbestreitbare Vorteile, auf die er angesichts gähnender Löcher in seiner Kasse nicht gerne verzichten will. Die Aufrechnung beider Gehälter führt in der Regel zu einer höheren Progression, und das Einkommen wird da-

## ZUM THEMA

.....  
Die Voraussetzungen für die frei wählbare Verbindung von Elternschaft und Berufstätigkeit sind nicht gegeben.

.....  
Haben wir nicht vor 15 Jahren darum gekämpft, dass der Ehemann der Ehefrau nicht länger ein eigenes Einkommen verwehren darf?

.....  
Die erwachsene, gesunde Frau bedarf keines besonderen Schutzes. Sie hat indessen Anrecht auf Respekt.

ligen Ehegatten plötzlich nicht mehr mündige und entscheidungsfähige Partner sein? Und weshalb müssen Ehefrauen besonders geschützt werden? Ist dieses Argument ein Misstrauensvotum gegen unsere Gerichte, oder kommt hier das alte Frauenbild zum Tragen: Schutzbedürftig und unselbständig?

## Respekt, nicht Schutz

Was wir für die reale Gleichstellung brauchen, ist nicht besonderer Schutz, sondern Respekt. Respekt vor dem Lebensentwurf von Frauen, der eine Mutterschaft nach freiem Willen einschliessen kann oder auch nicht. Respekt vor der Frau als handelnde, selbständige Person. Schutzwürdig sind Schwache und Bedrohte beider Geschlechts. Die erwachsene, gesunde Frau bedarf keines besonderen Schutzes. Sie hat indessen Anrecht auf Respekt. Einzig auf dieser Basis wird Partnerschaft in Beruf und Familie erst möglich.



FREISINN-WETTBEWERB Die Gewinner von «Was sagt wohl Franz Steinegger zu Peter Bodenmann?»

# Das sagte er in diesem Moment!

Im letzten «Freisinn» haben wir Sie gefragt, was denn wohl unser Parteipräsident Franz Steinegger dem scheidenden SP-Präsidenten Peter Bodenmann sagt und vor allem, was er wohl mit seiner Gestik zum Ausdruck bringt.

GUS. In der Märzausgabe des «Freisinns» wurden Sie, liebe Leserinnen und Leser, angesprochen mit der Frage, was die Argumentation von Parteipräsident Franz Steinegger sein könnte. Offensichtlich war das Bedürfnis gross, dem abtretenden SP-Präsidenten noch einmal etwas Liebenswürdiges «ins Ohr zu legen», haben wir doch bisher über hundert Einsendungen erhalten.

Die zwei Hauptpreise, nämlich ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Fou-lard, gingen an Anita Fahrni in Islikon für

«Wenn Du Walliser Staatsrat werden willst,

dann musst Du wenigstens so viel von Deiner Mähne abschneiden.»

und an Othmar Saner in Olten für:

«Peter, bitte rütsch no es bitzeli nach rechts, de cha der Blocher au absitze.»

Auch andere Leserinnen und Leser haben originelle Vorschläge gemacht, die zwar keine Preise erhielten, hier aber trotzdem veröffentlicht werden sollen:

«So dick hat der Blocher in der Arena wieder aufgetragen!»



FDP-Präsident Franz Steinegger und SP-Präsident Peter Bodenmann am Rande einer Parlamentsdebatte. (Photo ruti)

«Der Einfluss der SP war, ist und bleibt so gross.»

«So gross ist der Einfluss des SP-Präsidenten. Bleib auf dem Boden, Mann!»

«Ohne SP im Parlament wäre das Defizit so klein.»

«Geschter der Gröscht – hüt soo chli!»

«Die CVP unterscheidet sich von Euch nur um so viel.»

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herzlichen Dank fürs Mitmachen, den Gewinnern herzliche Gratulation! Und auch diesmal gilt: Der nächste «Freisinn»-Wettbewerb kommt bestimmt! ■

LANGLAUF Engadiner Skimarathon

## Sportliche FDP-Fraktion

GUS. Am diesjährigen Engadiner Skimarathon haben sich die Mitglieder der FDP-Fraktion wieder einmal von ihrer sportlichsten Seite gezeigt und glänzten mit ausserordentlichen Re-

sultaten. Hier die Resultate im einzelnen und zwei andere «politische Langläufer» zum Vergleich (siehe unten).

Was schliessen wir aus diesen Resultaten? Auch in

sportlichen Belangen ist die FDP-Fraktion anderen Gruppierungen um mehr als eine Nasenlänge voraus! Ganz herzliche Gratulation!

	Rang	Laufzeit
FDP-Nationalrat Duri Bezzola (GR)	538	1:33:57
SVP-Bundesrat Adolf Ogi	3194	2:00:09
FDP-Nationalrat Johannes Randegger (BS)	4077	2:07:16
GPS-Nationalrat Hanspeter Thür (AG)	6085	2:20:31
FDP-Nationalrätin Trix Heberlein (ZH)	565	2:18:39

**FDP auf Internet**  
 Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!  
 Unsere Adresse:  
 E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
 www: <http://www.fdp.ch>

STIFTUNG FÜR SOLIDARITÄT  Kleinliche Kritik

# Humanitäre Tradition der Schweiz wiederbeleben

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Eine schweizerische Stiftung für Solidarität – was für eine gute Idee des Bundesrates und der Nationalbank! Im Laufe des letzten

Jahres ist die Schweiz in eine Krise – wirtschaftlicher und mentaler Art – gerutscht, wie sie seit langer Zeit nicht mehr in diesem Land spürbar war. Die Grundlage des eidgenössischen Selbstverständnisses, die wehrhafte Schweiz im Zweiten Weltkrieg, wurde uns unter den Füßen weggezogen. Dies hat vielen Schweizerinnen und Schweizern, insbesondere der älteren Generation, weh getan. Ihre vorbildliche Haltung gegenüber den Achsenmächten wurde in Frage gestellt, ihr guter Wille verneint, ihr Wehrwille als irrelevant dargestellt. Eine solche Haltung wird unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht gerecht, sie haben Dank und Lob für ihre Leistung verdient.

Dank und Lob aber auch all jenen, die sich redlich um das Finden der historischen Wahrheit bemühen. Nur sie werden es ermöglichen, dass wir dereinst – in Kenntnis der Ergebnisse der Kommissionsarbeiten Volcker und Bergier – uns ein objektives Bild unserer Vergangenheit machen können.

## Ohne Steuergelder

Dank und Lob auch für den Bundesrat, der durch die Präsentation einer weitreichenden Idee im richtigen Zeitpunkt die Diskussion auf ein würdiges Niveau gehoben hat. Eine halbe Woche nach der farblosen und alles andere als bedeutenden Rede eines Zürcher Nationalrates hat es Bundespräsident Koller verstanden, die richtige Tonlage zu fin-

den und fast im Vorbeigehen noch ein Werk zu schaffen, das die humanitäre Tradition der Schweiz wiederbelebt, das dazu führen wird, dass man als Schweizerin oder Schweizer sich wieder erhobenen Hauptes im Ausland zeigen kann, ohne als Nazifreund abgestempelt zu werden. Und das alles notabene, ohne Steuergelder auszugeben, die für die Gesundheit der Finanzhaushalte so dringend gebraucht werden.

## Neidisch

Wenn jetzt von links und rechts die Kommentare kommen, dass noch diese und jene Detailprobleme anstünden, dass am Volk vorbeipolitisiert werde (SVP), dass diese Gelder gescheitert in die bestehenden Sozialwerke wie ALV und AHV und wenn möglich auch gerade noch in die Mutterschaftsversicherung investiert würden (SP), so ist das die Kritik derjenigen, die jetzt neidisch am Bundesrat herumrörgeln, weil sie die Idee nicht hatten und so die Spalten der Sonntagspresse nicht ausreichend mit Stoff versorgen konnten, mit anderen Worten: Dass sie die Aufmerksamkeit nicht auf sich lenken konnten. Solcherlei Kritik ist kleinlich und letztlich im eigenen Geltungsdrang begründet.

## Was bleibt zu tun?

Was zu tun bleibt, ist klar. Die Modalitäten für den Verkauf des Goldes, der Stiftungszweck und die Stiftungsleitung müssen bestimmt werden. Im weiteren, und das ist ganz wich-

tig, muss der in der Bevölkerung vorhandene Wille zur Solidarität mobilisiert werden, damit dieses Zeichen einer humanitären Schweiz – vom Volk mitgetragen – gesetzt werden

kann. Es wird in die Welt hinausleuchten und dazu beitragen, dass die Schweiz einen guten Teil ihres verlorenen Image-Terrains gutmachen kann.

*Christoph Müller, Basel*

## Goldgräberstimmung

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Ist es nicht interessant, sich in den illegalen Goldhandel der Kriegsjahre zu vertiefen? Eingeschlossen von einstmalig feindlich gesinnten Truppen, wurde versucht, einen Kleinstaat zwischen Stuhl und Tisch in Demut zu halten. Hörten wir nicht taktmässig rings ums Land den Satz: «Die Schweiz, das Stachel-schwein, nehmen wir auf dem Heimweg ein?» Um Lebensmittelmangel – die eigenen reichten nicht – zu vermeiden, stand man mit dem Aggressor im Warenaustausch.

In Verkennung der damaligen Situation versucht ein Politiker auf der anderen Seite des Ozeans, seine entweichenden Felle ergreifend

zu mehren. Wenn dieser Strategie sich dazu noch weltklug in Sätzen äussert wie «Und wenn ich so etwas sage, dann heisst das etwas», kann dies zutiefst nahegehend verstanden werden. Aber auch bei uns sind nachahmende Volksvertreter am Werk, welche Trinkhalme verteilen.

Die Lizenz zum Schürfrecht ist entwendet. In der Wortwahl überwerfen sich bereits Lobbyisten, nennen Raubgold, Zahngold und Goldvreneli im gleichem Traktat. Wahrlich, es herrscht eine Goldgräberstimmung im Lande Helvetiens. Das Gute an den Kosten der heutigen Geschichtsschreibung dürfte u. a. sein, dass inskünftige Besitzer jeglicher Coleur ihr Handelntunlichst überlegen.

*E. Dexheimer, Basel*

## Masslos geärgert

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Ich habe mich masslos geärgert über das Vorgehen der Linken betreffs Änderung der Geschichte, was die Schweiz betrifft während des Zweiten Weltkrieges.

Die, welche heute nach einer neuen Geschichte rufen und die Verschontheit der Schweiz nur dem zuschreiben wollen, dass die Schweiz nur als Drehscheibe der Finanzwelt gedient hätte, wissen überhaupt nicht, von was sie reden. Sie haben die Zeit des Zweiten Weltkrieges nicht miterlebt, sondern reagieren aus einem revolutionären Hintergrund und rein nur parteipolitisch.

Das ganze Schweizer-volk kämpfte damals ums Überleben, ausser den Nazis, die sich in der Minderzahl stets einen Überfall von den Deutschen erhofften. Zu jener Zeit stand das Volk, mit wenig Ausnahmen, fest auf dem Boden und bekannte sich voll und ganz zur Schweiz.

*Hansruedi Müller Oberuzwil*

Was meinen Sie? Was meinen Sie?  
**Was meinen Sie?**  
 Haben Sie sich gefreut, geärgert?  
**Schreiben Sie uns!**  
 Unsere Adresse:  
 Redaktion «Der Freisinn»  
 FDP Schweiz  
 Postfach 6136  
 3001 Bern

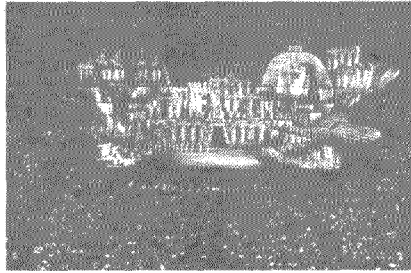
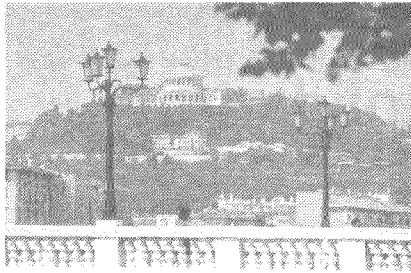
# Schweizerische Stiftung für Solidarität



BUNDESRAT ZEIGT GRÖSSE

Karikatur Andreas Töns

# Musik- und Kulturreisen



## Arena di Verona

### «Im Orient-Express» 07.08. – 09.08.97

- Bahnfahrt ab Zürich nach Verona im legendären Orient-Express
- Mittagessen auf Hin- und Rückfahrt
- Zimmer/Frühstück in 3-Stern-Hotel in der Umgebung von Verona
- Besuch der Aufführung «Rigoletto» mit nummerierten Sitzplätzen (Poltroncine-Karten)
- Fachkundige Reiseleitung
- SBB-Anschlussbillett 1. Klasse und alle Transfers

- 1. Klasseabteil Panoramawagen 890.-
- Restaurantwagen Orient-Express 1050.-
- Aussichtsabteil Panoramawagen 1150.-
- Pullmanwagen Aquitaine 1190.- (4er-Tische)
- Pullmanwagen Orient-Express 1290.- (2er-Tische)
- Zuschlag 4-Stern-Hotel 60.-
- Zuschlag Einzelzimmer 100.-
- Zuschlag Eintritt Rigoletto Poltrone-Karten 35.-
- Zuschlag Eintritt Rigoletto Poltronissime-Karten 100.-
- Fak. Ausflug nach Mantua 85.- (inkl. Mittagessen)
- Annullationskostenversicherung 39.-
- Wunsch Nichtraucherabteil im Zug

### «Im Deluxe-Car» (Hotel direkt neben der Arena)

- 11.–13.7.97 **Aida und Madama Butterfly**
- 29.–31.7.97 **Aida und Macbeth**  
(auch nur Aida möglich)
- 14.–16.8.97 **Rigoletto und Aida**
- 28.–30.8.97 **Aida und Madama Butterfly**
- 30.8.–1.9.97 **Rigoletto und Aida**

- Fahrt im Deluxe-Car (3 Lederfauteuils nebeneinander) nach Verona ab Winterthur und Zürich, weitere Zustiegmöglichkeiten nach Vereinbarung
- Mittagessen auf Hin- und Rückfahrt im Tessin
- Halbpension in 3-Stern-Hotel direkt neben der Arena
- 2 Eintritte mit nummerierten Sitzplätzen (Poltroncine-Karten)
- Fachkundige Reiseleitung ab dem Tessin
- Auf Wunsch SBB-Anschlussbillett 2. Klasse

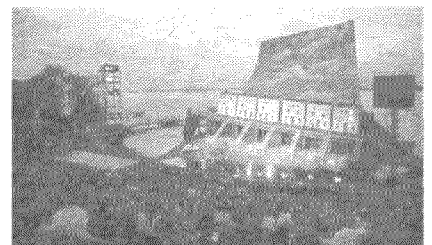
- Pauschal pro Person im Doppelzimmer 1095.-
- Einzelzimmerzuschlag 180.-
- Zuschlag Poltrone-Karten 70.-
- Fak. Ausflug ins Valpolicella (inkl. Mittagessen) 75.-
- Annullationskostenversicherung 29.-

## «Porgy and Bess»

### «Im Orient-Express» nach Bregenz 23.07. und 05.08.97

- Bahnfahrt ab Zürich nach Bregenz
- Feines 4-Gang-Menu im Zug
- Beste Eintrittskarten zum Festspiel in Bregenz (Hauskarten der 1. Kategorie)
- Reisebegleitung

- 1. Klass-Abteil Panorama-Wagen 290.-
- Restaurantwagen Orient-Express 320.-
- Aussichtsabteil Panoramawagen 350.-
- Pullmanwagen Aquitaine 370.- (4er-Tische)
- Pullmanwagen Orient-Express 390.- (2er-Tische)
- Annullationskostenversicherung 14.-
- Wunsch Nichtraucher-Abteil im Zug



**Unsere Musikreisen eignen sich auch bestens  
als Geschenk, z.B. für Ihre Mitarbeiter oder gute Kunden.**

### Weitere Musik- und Kulturreisen:

- Städteflug St. Petersburg
- Im Roten Pfeil zum  
«Phantom of the Opera»  
nach Basel

**Telefon 071 · 626 85 55**

**reisebüro  
mittelthurgau** 

Spezialgruppenreisen • 8570 Weinfelden

Winterthur · Amriswil · Kreuzlingen · Frauenfeld  
Eschlikon · St.Gallen · Einsiedeln

Definitive Anmeldung. Reisedatum: .....  
(bitte die betr. Leistungen bei der Reise anstreichen)

Name: ..... Vorname: .....

Name: ..... Vorname: .....

Strasse: ..... Tel. ....

PLZ: ..... Wohnort: .....

Alle Preise verstehen sich pro Person in SFr.